Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł., monatl. 4,80 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 Zł. Bei Postbezug vierteljährl. 16,08 Zł., monatl. 5,36 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 7 Zł., Danzig 3 Gld. Deutschland 2,50 R.-Mk. — **Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr.** Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelzeile 30 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 250 Grosch. Danzig 20 bz. 150 Dz. Pf. Deutschland 20 bzw. 150 Goldpfg., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postscheckkonten: Posen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 260. — Bromberg, Sonnabend den 12. November 1927. — 51. Jahrg.

Der 11. November.

Wie andere polnische Blätter, so widmet auch der „Kurjer Poznański" dem Jahrestage der Vertreibung der Deutschen aus Warschau einen besonderen Artikel. Er benutzt die Gelegenheit, um die Arbeit der Nationaldemokratie und deren Führer, der Dmowski, Seyda usw., in die erwünschte bengalische Beleuchtung zu setzen und schreibt dabei u. a.:

„Der 11. November ist als Gedenktag des Waffenstillstandes und des Sieges über Deutschland teuer für alle Nationen, die sich in dem blutigen Ringen gegen den starken Feind zusammengetan hatten. Dieser Tag hat eine besondere Bedeutung für Polen, das als unabhängiger und geeinigter Staat nur nach einer niederschmetternden Niederlage Deutschlands und seiner Verbündeten entstehen konnte. (Wie wäre es aber gewesen, wenn der russische Verbündete Frankreichs nicht von den Deutschen niedergerungen wäre? D. R.) Der 11. November ist in Polen ein staatlicher Feiertag. Die Behörden feiern, die Bevölkerung selbst wird, obgleich sie sich der Tagesarbeit nicht enthalten wird, zweifelos freudig der Zeit gedenken, mit der seine Unabhängigkeit zusammenhängt."

Dann hebt der „Kurjer Poznański" die Tätigkeit der Nationaldemokratie, der er bekanntlich verschworen ist, besonders hervor, und betont, daß sie sich von Anfang an ohne Vorbehalt gegen Deutschland und Österreich erklärt und nach Maßgabe ihrer Kräfte zur Schwächung des germanischen Feindes beigetragen habe.

Das Verdienst der breiten Massen der hiesigen Bevölkerung (scil. der Nationaldemokratie) war die Aufrechterhaltung einer Politik auf deutschfeindlichem Grunde trotz der Diversionen, um die einige germanophile und austrophile Kreise sich bemühten. Dank dieser Politik konnten die polnischen Abgeordneten (!) in Berlin eine entschieden deutschfeindliche Politik (!) führen, und dank dieser Politik bestanden in Warschau, Posen und Krakau zwischenparteiliche Zirkel, die sich auf breite Massen stützten und den aktivistischen Intrigen entgegenstellten. Dank dieser Politik konnte auch das polnische Nationalkomitee in Paris entstehen, das die Mächte als offizielle Repräsentanten des polnischen Volkes anerkannten. Denn die alliierten Mächte wußten, daß dieses Komitee sich auf die breitesten Volksmassen stützte, und der wirkliche Ausdruck ihres entschiedenen Willens war. Der Sieg des 11. November ist also auch ein Sieg des polnischen Volkes als eines Mitgliedes der antideutschen Koaliton. Die Arbeiten Roman Dmowskis, Marjan Seydas und Stefan Dąbrowskis zeigen übrigens, daß Polen in dem gigantischen Ringen nicht allein Objekt, sondern auch Subjekt war. Wer weiß, ob nicht gerade die Stellungnahme des polnischen Volkes für einen solchen Ausgang von entscheidender Bedeutung war." (Es wird dabei an die z. T. direkt unwahre Denkschrift Dmowskis für Wilson erinnert. D. R.)

Nach dieser Beweihräucherung der Partei und ihrer Männer nun ein Seitenhieb für gewisse ungenannte Gegner: „Wenn die Gedanken zu jenen Zeiten zurückkehren, muß es jedermann abgeschmackt finden, daß gerade diejenigen Kreise, die sich während des Krieges den Befehlen Wilhelms fügten, aus dem 11. November einen eigenen Parteifeiertag machen wollen und jene Personen für sich reklamieren, die sich im Kriege mit Wilhelm verbündet haben. Das polnische Volk hat indessen die Ereignisse vor neun Jahren nicht vergessen. Es weiß genau, wie ein jeder sich verhalten hat, als sich das Schicksal des geeinigten Polens entschied. Es denkt daran, wer für die Einverleibung Großpolens, Pommerellens und Schlesiens in Polen kämpfte, und wer sich dem entgegensetzte oder diese grundsätzliche Frage zum mindestens als Bagatelle behandelte. . ."

*

Lassen wir den polnischen Parteien den Streit um den Preis des 11. November und billige man uns zu, daß wir diesen Feiertag nicht begreifen. Was spricht die Geschichte? Am 5. August 1915 wurde Warschau von deutschen und österreichischen Truppen erobert, nachdem die deutsche Nation Hekatomben geopfert hatte, um die polnische Erde vom russischen Zaren zu befreien. Das Opfer der mit den Zentralmächten verbündeten polnischen Legionen wissen wir zu achten; es verschwindet rein zahlenmäßig gegenüber der Macht der letzten deutschen Armee. Am 5. November 1916 wurde durch die Kaiserproklamation von Warschau die Unabhängigkeit des von den Deutschen neuerweckten Polens anerkannt.

Zwei Jahre später übergab der deutsche Soldatenrat aus eigenem Beschluß die polnische Hauptstadt polnischen Händen. War es da nötig, dieser Befreiung und Übergabe die Austreibung der Befreier folgen zu lassen? Über die Begleitumstände dieser Austreibung wollen wir heute taktvoll schweigen; aber niemals werden wir um der geschichtlichen Wahrheit und des reinen Opfers unserer gefallenen Brüder willen die Tatsache verschweigen können, daß es das Blut deutscher Soldaten war, das die Freiheit der polnischen Erde von dem mit Frankreich verbündeten Rußland erkaufte.

Wann stirbt der Sejm?

Wie aus Warschau berichtet wird, soll **am 28. November** im „Monitor Polski" das Dekret über die Auflösung von Sejm und Senat veröffentlicht werden, so daß also beide Kammern nicht mehr zusammentreten sollen. In dem Dekret soll gleichzeitig der **Termin der Neuwahlen** für beide Kammern angegeben werden.

Das monarchistische Wilnaer „Słowo" hatte Zweifel daran geäußert, ob der Präsident der Republik nach dem Erlöschen der Abgeordnetenmandate am 28. November verpflichtet sei, Neuwahlen auszuschreiben. Demgegenüber weist der „Kurjer Poznański" auf den Artikel 13 der Wahlordnung hin, wonach nach dem Erlöschen der Mandate der Präsident verpflichtet ist, den Termin der Neuwahlen spätestens innerhalb acht Tagen, in diesem Falle also spätestens bis zum 5. Dezember, zu veröffentlichen. Die Wahlen selbst müssen im Laufe von 90 Tagen nach ihrer Ausschreibung stattfinden. Die Regierung ist an diese Bestimmung gebunden, da das Ermächtigungsgesetz die Möglichkeit einer Abänderung der Wahlordnung durch ein Regierungsdekret ausschließt.

Rücktritt des Stadtpräsidenten von Kattowitz.

Kattowitz, 10. November. Wie der „Oberschl. Kurier" aus authentischer Quelle erfährt, soll die Pensionierung des Stadtpräsidenten von Kattowitz, Dr. Gornik, bereits eine beschlossene Sache sein. Dr. Gornik hat zwar nach einem sechswöchigen Urlaub seinen Dienst wieder angetreten, doch zwingen ihn Rücksichten auf seine Gesundheit zur Niederlegung des Amtes. Der Nachfolger wird von der kommissarischen Stadtvertretung gewählt.

Dr. Gornik war ein unparteiischer Beamter, der die Interessen der gesamten Bürgerschaft zu wahren wußte und wegen seiner Unparteilichkeit wiederholt von der polnischen Seite verdächtigt und mit Schmutz beworfen wurde. Mit ihm dürften noch viele andere alte erfahrene Beamte des Magistrats Kattowitz den Dienst quittieren.

Ein Nachruf für Devey.

Wie die Polnische Telegraphen-Agentur erfährt, hat der Finanzminister der Vereinigten Staaten Mellon an den Unterstaatssekretär im Finanzministerium Charles Devey, den amerikanischen Sachverständigen bei der Bank Polski, ein Schreiben folgenden Inhalts gerichtet:

„Ich beglückwünsche Sie zu der Berufung auf den Posten eines Ratsmitgliedes der Bank Polski, wo Sie die Funktionen eines Beraters der polnischen Regierung, wie auch der Bank Polski ausüben werden, wie dies in dem durch die polnische Regierung angenommenen Stabilisierungsplan vorgesehen ist. Ich bedauree nur, daß Sie eine Entscheidung treffen mußten, die Ihren Austritt aus dem Finanzministerium zur Folge hat. Während Ihrer Tätigkeit auf dem Posten eines Unterstaatssekretärs haben Sie sich über drei Jahre lang aller mit den zahlreichen Finanzproblemen zusammenhängenden Arbeiten mit Erfolg entledigt, die nicht allein administrative, sondern auch nicht geringe finanztechnische Fähigkeiten erfordern. In der Behandlung dieser Probleme haben Sie eine hervorragende Kenntnis der Finanzarbeiten und eine ungewöhnliche Arbeitsenergie an den Tag gelegt. Auf dem neuen Wege der Arbeit begleiten Sie die besten Wünsche Ihrer früheren Kollegen aus dem Ministerium, die mit Vertrauen jene Erfolge bei Ihrer Arbeit erwarten, die sich aus den von Ihnen übernommenen Pflichten ergibt.

Ihr treu ergebener
(—) A. W. Mellon, Finanzminister."

Der Zwischenfall in Schanghai.

Paris, 10. November. Der Zwischenfall vor dem sowjetrussischen Konsulat in Schanghai hat in hiesigen politischen Kreisen großen Eindruck gemacht. Die Einzelheiten des Vorganges werden jetzt wie folgt dargestellt: Am 10. Jahrestage der russischen November-Revolution versammelten sich einige 100 russische Emigranten vor dem Gebäude des sowjetrussischen Generalkonsulats in Schanghai. Unter ihnen befanden sich viele russische Offiziere der freiwilligen Abteilungen, die in Schanghai stationiert sind, sowie Offiziere der sowjetfeindlichen Abteilung des Admirals Stark. Die Obersten Nietschajew, Kolesmikow und Dargomiski hielten Ansprachen, die gegen die kommunistische Diktatur in Rußland gerichtet waren. Sämtliche Demonstranten trugen auf den Armen Trauerbinden, waren jedoch unbewaffnet und in Zivilkleidung. Ein Angriffsversuch gegen das sowjetrussische Konsulat wurde von den Demonstranten nicht unternommen.

Plötzlich fielen während der Ansprache des Obersten Dargomiski aus den Fenstern des Konsulats mehrere Schüsse, die einen Demonstranten töteten und fünf Personen schwer verletzten. Nach den Schüssen zerstreuten sich die Demonstrationsteilnehmer. Die durch das Konsulat herbeigerufene chinesische Polizei fand lediglich die Leiche des Erschossenen, eines Chinesen, der zufällig Zeuge dieses Vorganges war. Das Verhalten des russischen Konsulats hat in Schanghai eine große Empörung ausgelöst und kann ernste Folgen nach sich ziehen. Die Mitglieder der europäischen Konsulate in Schanghai haben aus Anlaß dieses Zwischenfalls sämtliche Beziehungen mit dem Sowjetkonsulat abgebrochen. Die Auslandskonsulate in Schanghai haben gleichzeitig eine Sitzung einberufen, um ein gemeinsames Vorgehen des Konsularkorps mit der Forderung zu besprechen, den sowjetrussischen Konsul abzuberufen und die schuldigen Sowjetbeamten zu bestrafen.

Die lateinischen Schwestern.

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel schlug die Nachricht von der italienischen Flottendemonstration vor Tanger in Paris ein. Man bezeichnete diese Überraschung Mussolinis als den feindseligsten Schritt, den der Duce je gegen Frankreich unternommen hätte. Doch schon bald legte sich die Aufregung; man tröstete sich einmal damit, daß die Demonstration vor Tanger keineswegs mit dem deutschen „Pantersprung" vor Agadir zu vergleichen wäre und wies ferner darauf hin, daß Italien in den Verträgen der Jahre 1912 und 1916 ausdrücklich auf seine Ansprüche in Marokko verzichtet hätte und daher jetzt nicht weitergehende Forderungen stellen könnte.

Noch hat sich die französische Politik mit diesen Erwägungen nicht begnügt, sondern gerade den jetzigen Augenblick benutzt, um das schon seit 1½ Jahren paraphierte Freundschaftsbündnis mit Jugoslawien endgültig zu vollziehen. Der serbische Außenminister Marinkowitsch hat sich persönlich nach Paris begeben, um zusammen mit Briand das wichtige Dokument zu unterschreiben. Es ist auch die Rede davon — doch ist das Gerücht bis jetzt noch nicht bestätigt — daß der zurzeit noch zur Kur im Auslande weilende König Alexander selbst nach Paris reisen wird, um dadurch die Wichtigkeit des Vertrages noch besonders zu unterstreichen.

Der Vertrag, der bereits im Mai 1926 zwischen den beiden Außenministern zustande gekommen war, ist das letzte Glied in der engen Verbrüderung zwischen Jugoslawien und Frankreich. Ähnlich wie Polen hat sich auch Serbien, solange es nicht ganz unter russischem Einfluß stand, stets der besonderen Gunst der französischen Machthaber erfreut. Zahlreiche serbische Adlige pflegten den Winter in Paris zuzubringen, serbische Verbannte, darunter auch mehrere Male Könige, fanden in Frankreich ein Asyl, stets hatte Paris in Belgrad ein ernstes Wort mitzureden. Nach dem Weltkriege sind diese Beziehungen womöglich noch enger geworden. Frankreich hat den getreuen Vasallen Offiziere gesandt, die das serbische Heer nach französischem Muster ausbildeten, und hat aus seinen Heeresbeständen bereitwilligst neuzeitliches Kriegsgerät zur Verfügung gestellt. Zahlreiche serbische Offiziere wurden auf mehrere Jahre zum Besuch der französischen Militärschulen kommandiert, die Verbindung zwischen den Generalstäben beider Heere ist besonders herzlich, so daß es im Kriegsfalle keineswegs schwer fallen würde, serbische Truppen in französische Verbände einzureihen und von französischen Offizieren befehligen zu lassen. Auch auf das südslawische Eisenbahnwesen hat Frankreich einen starken Einfluß ausgeübt, es hat der Regierung in Belgrad mehrere Pläne für neue Linien ausgearbeitet und die Ausführung mit französischem Gelde unterstützt. Das Verhältnis zwischen den beiden Staaten ist genau dasselbe wie zwischen Frankreich und Polen bzw. Rumänien.

Bisher hat Frankreich davon Abstand genommen, auf die Unterzeichnung des Vertrages zu drängen, da es angesichts der gespannten Beziehungen zwischen Belgrad und Rom einem serbisch-italienischen Vertrage den Vortritt lassen oder ihn mindestens gleichzeitig mit einem solchen abschließen wollte. Diese Hoffnung hat sich jedoch zerschlagen. Ebenso haben sich die französisch-jugoslawischen Erwartungen nicht erfüllt, daß Italien als der Dritte dem Vertrage beitreten würde. Zu diesem Zwecke war der Vertrag bereits so abgefaßt, daß Italien ohne weiteres in ihn hätte eintreten können.

Der Inhalt des Vertrages weicht nicht viel von den übrigen Freundschaftsverträgen ab. Artikel 1 behandelt wie gewöhnlich die Nicht-Angriffsklausel, in Artikel 2 übernehmen die Vertragschließenden die Verpflichtung, alle zwischen ihnen auftauchenden und auf diplomatischem Wege nicht lösbaren Streitfälle vor ein gemischtes Schiedsgericht zu bringen. Nach Artikel 3 wollen die beiden Regierungen alle Beschlüsse des Völkerbundes und des Völkerbundrates, die die Sicherheit eines der Vertragschließenden in Frage stellen könnten, gemeinsam prüfen, ebenso wollen beide Staaten im Falle eines unprovozierten Angriffes auf eines ihrer Staatsgebiete sofort miteinander in Verbindung treten, um ihre Interessen und den durch die Friedensverträge geschaffenen Zustand zu schützen. Durch den Artikel 5 endlich verpflichten sich die beiden Regierungen, jeden Versuch einer Veränderung der gegenwärtigen politischen Lage gemeinsam zu besprechen und über die in einem solchen Falle zu unternehmenden Schritte eine Verständigung zu suchen. Ausdrücklich erklären beide Staaten, daß keine der Bestimmungen des Vertrages so gedeutet werden könne, als ob sie im Gegensatz stände zu einem bereits mit einem anderen Staate geschlossenen Pakte oder zu den Satzungen des Völkerbundes. Der Vertrag läuft wie gewöhnlich auf 10 Jahre, kann aber ohne weiteres verlängert werden.

Der Vertrag an sich gibt zu besonderen Bemerkungen keinen Anlaß, da er in keiner Weise über die bisher üblichen Abmachungen hinausgeht. Um so wichtiger dagegen ist, daß er gerade jetzt veröffentlicht wird, wo Italien durch seine Demonstration vor Tanger daran erinnert hat, daß es in Marokko ein Wort mitsprechen will. Durch den Abschluß des solange hingehaltenen Vertrages gibt Frankreich ausdrücklich zu verstehen, daß seine Geduld mit den Machenschaften Mussolinis zu Ende geht. Die Pariser Regierung hat gezeigt, daß sie der römischen Politik im Mittelmeer gegenüber doch noch ein wirksames Druckmittel in der Hand hat und daß sie entschlossen ist, im Notfalle gegen Italien aufzutreten. Offen hat sich Frankreich auf die Seite von Südslawien gestellt, dessen Beziehungen zu Italien in der letzten Zeit besonders gespannt sind und hat dadurch für die nächste Zeit seine Balkanpolitik genau festgelegt. Darin, daß diese mit der italienischen nicht gleichgeht, kann eine große Gefahr für die Ruhe des Balkans, sowie für den Frieden Europas liegen.

Die Negativen.

Der „Kurjer Poznański“ widmet wieder einmal in seiner Nr. 512 vom 9. November den deutsch-polnischen Verhandlungen einen Leitartikel. In welchem Sinne dies geschieht, kann man sich nach der ganzen Einstellung des Blattes zu dieser Frage denken. Es heißt dort u. a.:

Am 3. d. M. fand in Berlin die lange verschobene Ministerratssitzung in Sachen der deutsch-polnischen Verhandlungen statt. Anscheinend ging es in der Sitzung nicht sehr einträchtig her; denn selbst das halbamtliche Organ des Außenministeriums, der „Messager Polonais“, hat zugestanden, daß es Herrn Stresemann nicht gelungen ist, die Opposition seiner nationalistischen Ministerkollegen zu überwinden, die bekanntlich von dem Abschluß eines Vertrages nichts wissen wollen. (?) Der deutsche Ministerrat hat denn auch den Minister Stresemann nur allgemein zu den Besprechungen mit dem polnischen Bevollmächtigten „für die Wiederaufnahme der Verhandlungen“ ermächtigt. Das bedeutet daß die Verhandlungen selbst noch nicht beginnen. Die Zusammenkunft Stresemanns mit Olszowski am 4. d. M. war wahrscheinlich eine solche Unterredung. Stresemann hat übrigens vor der Sitzung des Ministeriums mit dem Gesandten Olszowski eine Unterredung gehabt, zweifellos zu informatorischen Zwecken, und die Ausreise des Departementsdirektors im Außenministerium Jackowski nach Berlin wird die Unterlage bilden für eine weitere Fortsetzung dieser Unterhaltungen. Denn die kurze Mitteilung, die über diese Ausreise veröffentlicht wurde, besagt ausdrücklich, daß die Ausreise „im Zusammenhang“ steht mit dem Beginn der deutsch-polnischen Verhandlungen und nicht, daß der Direktor Jackowski die Verhandlungen als solche eröffnet. Man sieht auch nicht, daß die deutsche nationalistische und agrarische Presse in ihren polenfeindlichen Ausschreitungen sich Maß auferlegt. Der Standpunkt der deutschen Rechten hat sich weder formal noch sachlich im geringsten geändert. Stresemann möchte, unterstützt von der Linken, die ganze Frage gern erledigen, aber wie diese Frage schließlich auslaufen wird, kann niemand voraussagen. Befürchtet muß werden, daß die deutschen Bevollmächtigten versuchen werden, die Polen zu weiteren Zugeständnissen zu veranlassen.

Über die Tendenzen Deutschlands äußert sich der **„Messager Polonais“** in seiner Ausgabe vom 8. d. M. wie folgt: „Der deutsche Standpunkt, wie er sich aus den Erklärungen der nationalistischen Führer und aus den Presseartikeln des gleichen Lagers ergibt, läßt sich dahin umschreiben, daß sie nach Abschluß einer Vereinbarung über das Niederlassungsrecht einen Vertrag haben möchten, der ihnen für ihre Fabrikate den polnischen Markt sichert, ohne daß sie für die landwirtschaftlichen Produkte die Gegenseitigkeit zuzusichern brauchen.“ „Es ist dies“, so heißt es im „Messager Polonais“ weiter, „ein maskierter Angriff, der durch die Wirtschaftspolitik unterstützt wird und der den deutschen Nationalismus bei den Verhandlungen leitet. Er beginnt die Verhandlungen und zieht sie in die Länge, um die Geduld des Gegners zu erlahmen und von ihm weitgehende Zugeständnisse zu erhalten.“

Nach diesem Zitat aus dem „Messager Polonais“ schreibt der **„Kurjer Poznański“** weiter: Unter diesen Verhältnissen scheint der Optimismus verwunderlich, der in den Interviews von Regierungsmitgliedern und in der dahinter stehenden Presse zum Ausdruck kommt. Schreibt doch der hiesige (Posener) „Przegląd Poranny“ sogar, man wisse nicht von polnischer Nachgiebigkeit in der Niederlassungsfrage, obgleich davon in der deutschen Presse vielfach (aber zu Unrecht! D. R.) die Rede war und obgleich dies auch aus den obigen Zitaten des „Messager Polonais“ ersichtlich ist. (Wir können aus diesem Zitat nichts Derartiges herauslesen. D. R.) Befremdlich ist auch, daß die deutsche Presse wie z. B. die „Vossische Zeitung“ vom 9. d. M. betont, daß in der Aussprache zwischen Stresemann und Jackowski — die sich wahrscheinlich um einige Tage verspäten wird — die allgemeinen Fragen, die sich auf die deutsch-polnischen wirtschaftlichen Verhältnisse beziehen und die „politischen Voraussetzungen“ derselben zur Sprache kommen würden. Die politischen Fragen sollten doch nach dem politischen Zugeständnis von seiten Polens in der Niederlassungsfrage bei den Verhandlungen ausgeschieden werden. (Ein solches Zugeständnis hat es niemals gegeben. D. R.) Wir wissen deshalb auch nicht, was das für politische Voraussetzungen sind, die die „Vossische Zeitung“ im Auge hat. Wir wissen nur, daß bei der Anwesenheit der deutschen Sendboten Prof. Wolff und Abg. Schmidt in Polen der letztgenannte bei einer geselligen Zusammenkunft im Polnischen Hause in Warschau — obgleich man vorher gebeten hatte, Grenzfragen in keiner Form zu berühren — unter Hinweis darauf, daß ein wirtschaftlicher und kultureller Kontakt notwendig sei, erklärt hat, daß dies das Minimalprogramm für heute darstelle. Erst in der Zukunft, wenn eine Annäherung stattgefunden habe und das Verhältnis normal geworden sei, werde für die Entscheidung anderer grundsätzlicher Fragen die Zeit gekommen sein. Dabei wurde an das oberschlesische Problem, an die Frage des Zugangs zu Ostpreußen und allgemein an die pommerellische Frage erinnert. Diese Dinge will der Abg. Schmidt vorerst nicht berühren, er verschiebt sie aber auf eine spätere Zeit. (Von diesen Äußerungen haben wir niemals etwas gehört. D. R.)

„Deshalb muß man erwarten“ — so schließt der „Kurjer Poznański“ seinen besorgten Kommentar — „daß der Direktor Jackowski nicht nur jedes Thema über die politischen Voraussetzungen von der Diskussion ausschließen wird, sondern daß er auch auf die Konsequenzen hinweisen wird, die Polen daraus ziehen müßte, wenn solche Versuche von deutscher Seite aus gemacht würden.

Wir fürchten, daß von dem Vertrage hauptsächlich Deutschland politischen und wirtschaftlichen Nutzen ziehen werde. Die Deutschen in Polen bereiten sich schon heute darauf vor, deutsche landwirtschaftliche Maschinen und Waren einzuführen, indem sie mit Krediten rechnen, die die deutschen Fabriken gewähren werden und die die polnischen Fabriken nach ihrer (der Deutschen) Ansicht zu gewähren nicht imstande sind. Einen entsprechenden Artikel veröffentlichte die „Deutsche Rundschau“. Mit großer Sorge blicken wir darauf, was vor sich geht. Möchte doch Polen in seiner übermäßigen Bereitschaft, einen Vertrag abzuschließen, nicht Irrtümer begehen, die sich lange Zeit rächen würden. Die Regierung ist allerdings sehr selbstsicher.“

„Wenn die Regierung erklärt — so sagte in einem Interview der „Epoka“ der Vizepremierminister Bartel — daß sie zu einem Vertragsabschluß mit dem Deutschen Reiche gehe, so wird sie alle Konsequenzen, die sich daraus ergeben, auf sich nehmen.“

„Konsequenzen und Verantwortung“ — bemerkt der „Kurjer Poznański“ — „sind sehr groß, und wir werden nicht ermangeln, auf die Worte des Vizepremiers Bartel zu gegebener Zeit zurückzukommen.“

Ueberflüssige Propaganda.

Der Berg- und Hüttenverein verschließt sein Portemonnaie.

Wie der „Robotnik“ zu melden weiß, haben die Werke des „Berg- und Hüttenvereins“ in Oberschlesien beschlossen, die Auszahlung der für die Propaganda in der polnischen Presse bestimmten Geldsummen einzustellen. Angeblich sollen der Presse 38 000 zł monatlich vom „Berg- und Hüttenverein“ zugegangen sein. Zu den finanziell unterstützten Blättern gehörte — nach dem „Robotnik“ — auch die „Polonia“ Korfantys.

Polen nicht für Handelsfreiheit.

Deutschland hat das Genfer Freihandelsabkommen unterzeichnet.

Seit geraumer Zeit tagt in Genf eine Konferenz der Vertreter aller wichtiger Staaten mit dem Ziel, in Befolgung der Entschließung der Weltwirtschaftskonferenz zu einer internationalen Übereinkunft über die Aufhebung von Einfuhrverboten und Einfuhrbeschränkungen zu gelangen.

Die von der Konferenz ausgearbeitete Konvention ist nunmehr von den Vertretern von 34 Staaten unterschrieben worden, 15 weitere Staaten, darunter Frankreich und Belgien, dürften in den nächsten Tagen die Unterschrift vollziehen. Einzelne Delegationen erwarten noch Instruktionen ihrer Regierung.

Polen, Portugal und Griechenland erklärten als einzige der auf der Konferenz vertretenen Staaten, daß sie zur Zeit die Konvention nicht unterschreiben können.

Aus Genf wird uns hierzu noch gemeldet:

Am Dienstag nachmittag erreichte die von 34 Staaten besuchte Konferenz zur Beseitigung der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen und -verbote, die am 17. Oktober in Genf zusammengetreten ist, ihr Ende. **Die wichtigsten europäischen Wirtschaftsländer haben das ausgearbeitete Abkommen unterzeichnet.** Dieses bildet das Ergebnis eines ersten Versuches, die grundsätzlichen Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz in die Praxis umzusetzen. Folgende Staaten haben das Abkommen unterzeichnet: Deutschland, Österreich, Belgien, Großbritannien, Bulgarien, Dänemark, Ägypten, Frankreich, Ungarn, Italien, Japan, Luxemburg, die Niederlande, Rumänien, Südslawien (vorläufig nur die Schlußakte), Siam, die Schweiz, die Tschechoslowakei. Finnland hat seine Unterschrift bereits fest zugesichert. Die Regierung Lettlands erbittet sich noch eine Prüfungszeit. Der Vertreter der Vereinigten Staaten, Wilson, führte aus, seine Regierung habe ihm keine Instruktion zur Unterzeichnung erteilt. Aus Newyork wird jedoch gemeldet, daß die Nichtunterzeichnung des Abkommens durch Amerika nicht endgültig sei. Mit einer späteren Unterzeichnung der Vereinigten Staaten ist daher noch zu rechnen.

Witos behauptet sich.

Die Beratungen des Piastklubs.

Warschau, 10. November. (Eig. Meldung.) Nach der durch den Abg. Szmigiel hervorgerufenen Unterbrechung wurden die Beratungen wieder aufgenommen. Senator Średniawski stellte den Antrag, an den Senator Bojko einen Brief mit der Aufforderung zu richten, er möge den in seinem Manifest den Piastabgeordneten im allgemeinen gemachten Vorwurf, daß sie ihre Mandate zu persönlichen, materiellen Zwecken mißbraucht hätten, präzisieren und die Personen bezeichnen, welche er im Sinne hatte. Die Versammlung beschloß einmütig den Antrag Średniawskis in folgendem Wortlaut:

„Der Klub des „Piast“ fordert den Senator Bojko auf, daß er innerhalb 14 Tagen die Namen und Tatsachen angebe zur Begründung seiner Anklagen, in denen er gegen manche Abgeordnete den Vorwurf erhebt, daß sie „an Konzessionen, an reichliche Vorteile gedacht haben“ und den Staat aussaugten.“

Im Laufe der Beratungen überreichte Abg. Szmigiel dem Abg. Witos ein Schreiben, in welchem er vor ein Parteigericht gestellt zu werden verlangt, vor dem er sich von dem Vorwurf, die Parteidisziplin verletzt zu haben, reinigen könnte. Abg. Witos erklärte, daß die Angelegenheit des Abg. Szmigiel möglichst unparteiisch und ohne Voreingenommenheit behandelt werden würde. Zu bemerken ist, daß Senator Błyskosz, auf den die Senatoren große Stücke setzten, anfänglich gegen das Präsidium Stellung genommen und sogar beantragt hatte, dem Präsidium das Mißtrauen auszudrücken, im Laufe der Debatte jedoch seinen Antrag zurückgezogen hat.

Wie also aus dem Verlauf der Beratungen des Hauptausschusses der Partei und des parlamentarischen Klubs zu ersehen ist — hat Witos alle Aussichten, sich in seiner leitenden Stellung in der Partei zu behaupten. Er hat den Boden für die Debatten des Obersten Parteirates, dessen Beschlüsse für die fernere Politik des „Piast“ entscheidend sein werden, umsichtig vorbereitet.

Eine totgeborene Idee.

(Von unserem Warschauer Berichterstatter.)

Warschau, 10. November. Die von der polnischen Bauernpartei ausgegangene Idee, nach französischem Vorbild in Polen einen linken Wahlblock zu bilden, hat sehr wenig Aussichten, verwirklicht zu werden. Wie vorauszusehen war, hat sich die Arbeitspartei (Koscialkowski) mit diesem Vorschlage bereitwilligst einverstanden erklärt. Auch die Linke der NPR hat auf Grund des Beschlusses des Obersten Parteirates sich für diesen Wahlblock der polnischen demokratischen Linken ausgesprochen. Drei kleine Parteien, deren eine (die Arbeitspartei) eher dem Zentrum als der Linken zuzurechnen ist, sind somit bereit.

Wie steht es aber um die Bereitwilligkeit der großen Parteien der Linken? Auf den Brief der Bauernpartei in Sachen der Bildung eines gemeinsamen Blocks der Linken hat das Präsidium der Wyzwoleniepartei ablehnend geantwortet. In dem an die Bauernpartei gerichteten Schreiben heißt es: „Auf Grund wiederholter Beschlüsse unserer Parteibehörden sind wir seit langem mit der Initiative der Bildung eines Wahlblocks der Parteien der demokratischen Linken hervorgetreten, seit einiger Zeit führen wir in dieser Richtung einleitende Verhandlungen und zweifeln nicht, daß sie zu einem günstigen Resultate führen werden. Zur entsprechenden Zeit, wenn wir auf Grund der durchgeführten einleitenden Verhandlungen die Sicherheit erlangt haben werden, daß die Bedingungen dazu vorhanden sind, werden wir uns an die Herren mit dem Vorschlage wenden, an den Verhandlungen teilzunehmen. Der von den Herren vorgeschlagene Block ist für uns unannehmbar, da wir nicht alle von den Herren genannten Parteien (gemeint ist wohl vor allem die „Arbeitspartei“! Bem. der Red.) der demokratischen Linken zuzählen könnten; bezüglich des Linkscharakters des Blocks sind wir aber durch die Instruktionen unserer Parteibehörden gebunden.“

Und die PPS? Diese hat den Vorschlag der Bauernpartei mittelbar schon dadurch abgelehnt, daß der Oberste Rat der Partei dem Zentralkomitee nur das Mandat erteilt hatte, mit der „Wyzwolenie“-Partei und den sozialistischen nationalen Minderheiten zu verhandeln.

Polnisch-ungarische Verhandlungen.

Warschau, 11. November. (Eig. Meldung.) In Warschau haben Verhandlungen zwischen den Regierungen Polens und Ungarns über den Abschluß eines Vertrages, der die doppelte Besteuerung der Angehörigen beider Staaten verhindern soll, begonnen. Von seiten Ungarns führt die Verhandlungen der ungarische Gesandte in Warschau, Minister Belitska, von polnischer Seite der Direktor des politischen Departements des Außenministeriums Dr. Jackowski.

Verurteilt.

Konitz, 11. November. (Eigene Meldung.) Das Bezirksgericht in Konitz verurteilte den Polizeibeamten Block aus dem Kreise Bütow (Pommern) wegen angeblicher Spionage zugunsten Deutschlands zu fünf Monaten und zwei Wochen Gefängnis. Zwei deutsche Wirte aus dem Kreise Berent erhielten wegen Beihilfe eine höhere Strafe und zwar je ein Jahr und drei Monate Gefängnis. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

*

Linde und Bau freigesprochen.

Vor dem Warschauer Appellationsgericht fand die Revision des Urteils gegen Marjan Linde und Wilhelm Bau, die im Zusammenhange mit dem Prozeß gegen den ermordeten früheren Postminister Linde verurteilt worden waren, statt. Beide wurden freigesprochen.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 11. November.

Volkserzieher Głąbiński.

Paul Dobbermann wird verurteilt.

Vor der zweiten Strafkammer des Posener Bezirksgerichts stand der Handelsschriftleiter des „Posener Tageblatts“, Guido Baehr, der vertretungsweise für den politischen Teil gezeichnet hatte, und der Verfasser eines Artikels „Neues von Głąbiński in Rogowo“, Paul Dobbermann aus Bromberg. Die Anklage lautete auf Beleidigung laut §§ 185 und 186 des Strafgesetzbuches. Im Verlauf der Verhandlung wurde eine ganze Reihe von Zeugen vernommen. Der Schriftleiter Guido Baehr wurde bei Verkündigung des Urteils freigesprochen. Paul Dobbermann wurde, weil der Wahrheitsbeweis, daß Głąbiński einen Landwirt Kuk gezwungen haben soll, sich zur polnischen Nationalität zu bekennen, als nicht erbracht angesehen wurde, zu 900 Złoty Geldstrafe verurteilt.

Dagegen wurde Dobbermann, der noch wegen einer weiteren Beleidigung angeklagt war, in diesem zweiten Fall freigesprochen. Der „Kurjer Poznański“ teilt gleichfalls mit, daß das Gericht durch eine Zeugenaussage zu der Überzeugung gekommen sei, daß das Verhalten des Głąbiński in der Tat unziemlich gewesen sei.

*

Głąbinskis schwere Hand.

Wegen Überschreitung des Züchtigungsrechtes verurteilt.

Wie noch erinnerlich, wurde der Schulleiter Ludwig Głąbiński aus Rogowo, Kreis Znin, auf die Anklage wegen Körperverletzung (Mißhandlung eines Schülers) am 2. Juni dieses Jahres vom Kreisgericht in Znin freigesprochen. Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein, so daß sich die dritte Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts mit der Angelegenheit zu befassen hatte. G. stand bereits vor einigen Wochen vor dem hiesigen Gericht, die Sache gelangte aber nicht zur vollen Verhandlung, sondern verfiel der Vertagung. Am gestrigen Donnerstag gelangte die Angelegenheit zur endgültigen Entscheidung. Der Angeklagte ist beschuldigt, am 12. März dieses Jahres den dreizehnjährigen Schüler Eduard Chełmiński grausam gezüchtigt zu haben, so daß der Mißhandelte Verletzungen davontrug. Die Züchtigungen, deren Spuren allzu deutlich zu sehen waren und davon zeugten, daß die Schläge mit einem Rohrstock mit großer Kraft erfolgten, stehen in keinem Verhältnis zu der Bedeutung der angeblichen Verfehlung des Knaben und müssen als Beweis eines persönlichen Hasses gegen den Schüler, oder aber sogar als Beweis sadistischer Triebe des Angeklagten angesehen werden. (Ärztliches Attest des Dr. Jaczyński vom 13. März d. J.) Der Angeklagte gibt zu, daß er den Schüler sechsmal leicht schlug, da der Gezüchtigte angeblich mehrere Diebstähle verübte und Zigaretten rauchte. Bei der Begründung des Freispruches hatte das Zniner Gericht berücksichtigt, daß der Angeklagte eine schwere Hand hätte! Aus den Zeugenaussagen in der ersten Instanz wurden hier einige verlesen: Schüler Chełmiński: Der Lehrer G. schlug mich derartig, daß ich an den Folgen der Schläge zwei Wochen krank lag. Zigaretten habe ich nur zu Hause geraucht. — Der Kreisschulinspektor in Znin bekundete folgendes: Głąbiński erfreue sich als Schulleiter keines guten Ansehens.

Der Angeklagte gab in der gestrigen Verhandlung noch folgendes an: Der Schüler rauchte nicht nur zu Hause, sondern sogar auf dem Schulhof. Auch beklagte sich eine Frau bei ihm, daß Ch. einen kleinen Geldbetrag stahl und ihre Tochter schlug. Der Vormund des Schülers bat ihn selbst, den Ch. zu bestrafen. Außerdem war er dazu von dem städtischen Schulrat ermächtigt. — Der Staatsanwalt richtete an den Angeklagten die Frage, ob er vorbestraft sei; diese Frage verneint der Angeklagte. Staatsanwalt: „Sie waren doch schon hier auf der Anklagebank? Ich erinnere mich, daß Sie 1925 wegen Mißhandlung eines Schülers Fertsch angeklagt waren.“ Der Kreisarzt Dr. Jaczyński aus Znin fügt seinem Attest noch folgendes hinzu: Der Angeklagte hatte auf alle Fälle das ihm zustehende Züchtigungsrecht stark überschritten. Die Annahme sadistischer Triebe sei berechtigt. Der Verteidiger des Angeklagten legt dem Gericht ein Schreiben des Vorsitzenden des „Sokół“ vor, nach dem der Angeklagte eine „schwere Hand“ habe. Dies Schreiben wird vom Gericht als nichtig zurückgewiesen.

Der Staatsanwalt hebt folgendes hervor: Er stütze sich auf die Aussagen des Kreisarztes. Es sei gar nicht verwunderlich, daß der Arzt zu dem Schlusse gelangte, der Angeklagte hätte sadistische Triebe. Er war bereits vor zwei Jahren wegen rohen Schlagens eines Schülers angeklagt. Leider gelangte das Gericht damals zu einem Freispruch. Der Angeklagte müsse endlich belehrt werden, daß derartige Mißhandlungen unzulässig seien. Er beantrage Aufhebung des Urteils erster Instanz und Bestrafung des Angeklagten. Der Verteidiger des Angeklagten beantragte die Verwerfung der Berufung der Staatsanwaltschaft und Bestätigung des Urteils erster Instanz. Der Angeklagte sei aus seinem Gleichgewicht gekommen, weil der Schüler unverbesserlich war. Zum Schlusse weist der Verteidiger darauf hin, daß der Angeklagte ein von jedermann (?) geachteter Mensch und sogar im Besitze von Dankschreiben für soziale Erziehung sei.

Nach stattgefundener Beratung wird folgendes Urteil verkündet: Das freisprechende Urteil des Zniner Kreisgerichts wird aufgehoben. Der Angeklagte Głąbiński wird zu 30 Złoty Geldstrafe, im Falle der Nichtbeitreibung zu drei Tagen Gefängnis verurteilt. Die Kosten beider Instanzen muß G. ebenfalls tragen. Begründung: Auf Grund der Zeugenaussagen kam das Gericht zur Überzeugung, daß der Angeklagte bewußt das Züchtigungsrecht stark überschritt. Daß G. zu der Züchtigung von dem Vormund des Schülers angehalten sein wollte, könne nicht in Frage kommen, da der Schüler noch eine Mutter habe.

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 260.

Bromberg, Sonnabend den 12. November 1927.

Kirchliche Woche.

IV.

Jugendtag.

Graudenz, 10. November 1927.

Trotz des schlechten Wetters strömte am Donnerstag die Jugend zu ihrem Tag der Kirchlichen Woche in Graudenz zusammen. In der Kirche sammelte sich die gesamte Jugend zunächst zu einer Morgenfeier, die Pfarrer Weyrich aus Briesen hielt. Dann zogen die jungen Männer ins Gemeindehaus, während die weibliche Jugend den Vormittag über in der Kirche blieb. Die Leitung dieser Hauptversammlung hatte Studiendirektor D. Schneider, der zugleich die biblische Einleitung an Stelle des leider verhinderten Pfarrers Kienitz gab über das Wort Jesus vor Pilatus: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt", und zeigte darin, daß das Christentum an kein einzelnes Volk gebunden ist. — Fräulein Wiesen, die in der deutschen evangelischen Jugendarbeit steht, hielt den ersten Vortrag über die Liebe zum Volkstum in der Kraft des Evangeliums. Sie schilderte kurz die Bewegungen, die in der Jugend der Nachkriegszeit lebendig sind. Es gibt auch in der Jugend ein großes pazifistisches Lager, das gern alle Unterschiede zwischen den Völkern verwischen möchte. Im Gegensatz dazu stehen die vielen völkischen Bünde, denen das Volkstum die erste und überragendste Größe ihrer Weltanschauung geworden ist und die dem Volkstum alles unterordnen wollen. Daneben aber haben es weite Kreise der Jugend auch schon begriffen, daß ihnen aus dem Evangelium die rechte Kraft zur Arbeit für das Volkstum kommt. Wenn wir mit solchem Stolz das deutsche Volk das Volk der Reformation nennen, so müßten wir auch immer daran denken, daß ständig der Geist der Reformation in unserem Volke lebendig sein soll. Das heißt, wir müssen uns mitverantwortlich fühlen für die Gesamtschuld des Volkes und müssen um Erneuerung kämpfen.

Im zweiten Vortrag schilderte Pfarrer Zellmann-Gruppe „Not, Kampf und Sieg der hiesigen deutsch-evangelischen Jugend". Eine Besprechung nach diesen Vorträgen fand nicht statt, sondern D. Schneider faßte noch einmal kurz das zusammen, was gesagt worden war.

Während dessen hatte die männliche Jugend im Gemeindehause getagt, wo Geheimrat D. Staemmler die Versammlung leitete. Die biblische Einleitung gab Pfarrer Horst-Gr. Leistenau und schilderte, wie Staat und Volkstum bereit waren, Jesus zu vernichten, wie er aber doch über beide gesiegt hat. Pfarrer Peter, der in der Arbeit des ostdeutschen Jünglingsbundes steht, sprach über „Die Kraft des Evangeliums für die Bewährung der Volksgemeinschaft". Durch Volkstum und Glauben ist unsere Jugend mit dem deutschen Volk über der Grenze eng verbunden. Verrat am Volkstum ist wie ein Verrat an der eigenen Mutter, Verrat am Glauben, wie ein Verrat an Gott selbst. Die Jugend darf sich aber an das fremde Volkstum nicht verlieren, wenn auch Brücken herüber und hinüber führen können. Die Pflege der Familie, der Sprache und der Volksgemeinschaft sind die besten Mittel zur Erhaltung des Volkstums für den Einzelnen. Zertrümmert man die Familie, dann geht auch bald das Volksbewußtsein zu Grunde. Die Muttersprache muß mit Werten erfüllt werden, muß geheiligt werden. In allem, was wir tun, soll sich unser Volkstum ausdrücken, auch in den Festen und Spielen der Jugend. Die Feinde des Volkstums kommen nicht nur von außen. Über die großen Gefahren der Unsittlichkeit und des Alkohols gerade unter der männlichen Jugend sprachen Lehrer Domday-Vandsburg und Pfarrer Eichstädt-Posen. Leider reichte die Zeit nicht mehr zu einer ausführlichen Gruppenbesprechung, zu der gedruckte Leitsätze vorlagen. Immerhin konnte doch das scharf hergehoben werden, daß die Arbeit der männlichen evangelischen Jugend am Volkstum notwendig ist, und es konnten besondere Gebiete besprochen werden, auf denen die evangelische Jugend besonders arbeiten kann.

Kaum konnte die Kirche die große Gemeinde fassen, die sich um ½5 Uhr zum Jugendgottesdienst, der immer ein Bestandteil der Kirchlichen Woche ist, versammelte. Die Predigt hielt Pfarrer Reimann-Adelnau über Eph. 6, 1—3. Diese Predigt an die Jugend bekräftigte der Herr Generalsuperintendent in seiner Schlußansprache, in der er noch besonders von der Heiligung des Volkstums sprach. Auch das Volkstum und die Arbeit dafür müssen Gott geweiht werden, dann erst können sie gesegnet sein.

Es war eine große Freude, daß trotz des langen anstrengenden Tages, trotz Vormittagsvorträge und des Jugendgottesdienstes doch noch ein großer Teil der Jugend zum Volksmissionsabend geblieben war, in dem Pfarrer Eichstädt über das Thema sprach „Für oder wider Gottesvolk".

Zum Schluß des Abends sprach Pfarrer Kammel-Posen der evangelischen Gemeinde Graudenz, Pfarrer Dieball, dem Gemeindekirchenrat, den Chören und allen, die persönliche Opfer an Zeit, Mühe und Geld gebracht haben, den herzlichsten Dank aus im Namen aller Teilnehmer an der Kirchlichen Woche. Außer für alle die umfangreichen Vorbereitungen und für alle äußeren Hilfeleistungen dankte der Redner besonders für die innere Teilnahme, für den Ausdruck der herzlichen Liebe, die wiederum das Band inniger geschlungen hat um das ganze evangelische Kirchenvolk. — Herzliche Abschiedsworte sprach danach Pfarrer Dieball, der mit innerer Bewegung für alles dankte, was die Tage der Kirchlichen Woche der evangelischen Gemeinde von Graudenz an innerer Bereicherung und Segen gegeben haben. Mit dem Abschiedsliede „Zieht in Frieden eure Pfade" schloß der Abend und damit auch die ganze Tagung.

Die Kirchliche Woche ist vorüber. Wieder war die Beteiligung an allen drei Tagen überaus gut, so daß man wohl von einer Heerschau des evangelischen Kirchentages sprechen kann, wieder verliefen alle Veranstaltungen planmäßig und ohne Störung, so daß jeder mit Dank und Freude auf die Tage zurückblicken darf. Und das innere Ergebnis? Es muß seinen Ausdruck finden in unseren deutschen evangelischen Häusern, in unserem Schulleben, in den Vereinen und Gemeinden. Die Zukunft wird es ausweisen, ob Evangelium und Volkstum hier in dem rechten Verhältnis zueinander gestanden haben. pz.

Pommerellen.

11. November.

Graudenz (Grudziądz).

Das Herz von Douglas.

Eine Einführung in das Hegarsche Werk
von **Alfred Hetschko.**

Friedrich Hegar, der Befreier der in Süßlichkeiten und Bänkelsängerstil erstarrten Männerchorliteratur, hat der Musikwelt mit seinem gewaltigen „Das Herz von Douglas" ein Werk von bleibendem Wert geschenkt. Ein neuer Stil, der eine Übertragung der Orchesterpolyphonie auf die menschliche Stimme darstellt, gewaltig, programmatisch durchgearbeitet, erschöpft er in überraschend genialer Weise den Stimmungsgehalt einer Reihe der schönsten deutschen Balladen, diese so zu bezwingenden Tongemälden ausgestaltend. Sein größtes Werk in diesem Stile ist die Vertonung der Moritz von Strachwitzschen Ballade „Das Herz von Douglas", für Männerchor, Tenor-, Baritonsolo und großes Orchester.

König Robert von Schottland liegt im Sterben. Er bittet Douglas, sein Testament zu schreiben und erinnert sich seines Gelübdes nach dem Siege von Bannockburn, dem Schwur nach Jerusalem zu ziehen und gegen die Mohammedaner ins Feld zu gehen. Doch Unruhen in seinem Lande lassen ihn diesen Schwur nicht ausführen und nun, da es ans Sterben geht, beauftragt er Douglas, sein Herz aus seiner Brust zu schneiden, dieses in Gold zu schließen und dann mitzunehmen nach Jerusalem und es im heiligen Kriege seinen Getreuen voranzutragen. König Robert stirbt. Das Kreuz wird im Banner entrollt. Zwanzigtausend Krieger ziehen über Meere und durch Wüste ins heilige Land; Douglas, des toten Königs Herz vorantragend. Es kommt zur Schlacht. Douglas wirft das Geschmeide mit dem Herzen mitten in die Feinde hinein und jetzt beginnt ein erbittertes Ringen. Jeder Krieger ist bemüht, das Herz wieder zu holen aus Feindeshand. Mit sinkender Sonne ist die Schlacht beendet, von den Heiden entkam nicht ein Mann. Aber auch viele Christen blieben auf der Wahlstatt; und dort, wo am ärgsten der Tod gewütet hat, da liegt auch Douglas mit durchbohrter Brust, aber mit seinem Schilde König Roberts Herz bedeckend. —

Das ist kurz der Inhalt der Ballade, die vierteilig gegliedert, vier charakteristische Bilder entwirft, die Hegar musikalisch zu Tongemälden im wahrsten Sinne des Wortes ausgestaltet. Die Bilder — 1. König Roberts Tod, 2. Die Meerfahrt, 3. Der Zug durch die Wüste und 4. Die Schlacht — sind Monumentalwerke musikalischer Milieuschilderung von neuem, überragendem, von technischem Können zeugenden Orchesterstil. Wir sehen förmlich das ganze Geschehen vor Augen, ja, der sich nur einigermaßen in das Werk vertiefende Zuhörer macht den ganzen Kreuzzug, die Meerfahrt, den Zug durch die Wüste und dann die Schlacht selbst mit. Dem Zuhörer muß es heiß und kalt über den Rücken laufen beim Anhören der Schlachtmusik, den Schmerzens- und Angstschreien der sterbenden Mohammedaner „Allah il Allah", erstickt werdend durch das Jubelgeschmetter der christlichen Siegesfanfaren — eine Musik, die sich in Worten nicht beschreiben läßt. Darin liegt eben Hegars Originalität und auf dieser wiederum basiert seine Weltbedeutung.

Friedrich Hegar, der am 2. Juni d. J. in einem Alter von 86 Jahren dieser Welt für immer Lebewohl gesagt hat, wird in seinen Werken fortleben, solange die Menschheit existieren wird. Zum ehrenden Gedächtnis anläßlich des Heimganges dieses Altmeisters auf dem Gebiete des Männerchorgesanges finden wird auf den Vortragsordnungen für die Wintersaison fast aller deutscher Männergesangvereine die Aufführung Hegarscher Chorwerke vorgesehen.

Auch die Graudenzer Liedertafel hat es sich nicht nehmen lassen, durch die Aufführung des Werkes „Das Herz von Douglas" Hegar ganz besonders zu ehren. Und wir wollen lauschen den Chor- und Orchesterklängen dieses großen Toten, wir wollen ihn ehren durch seine Werke, durch seine edle, schöne und gewaltige Tonsprache. *

* **Anläßlich der Kirchlichen Woche** fand am Mittwoch eine Besichtigung von Anstalten, Gebäuden und sonstigen Sehenswürdigkeiten statt. *

* **Erschwerung der Weichselschiffahrt.** Infolge des Fallens des Wasserspiegels zeigen sich, wie das Hydrographische Bureau der Direktion der Wasserwege mitteilt, auf der Weichsel neue Sandbänke und seichte Stellen, die für die Schiffahrt sehr hinderlich sind, und eine Vertiefung des Flußbettes erfordern. Die Schwierigkeiten für die Schiffahrt, die übrigens fast ganz aufgehört hat, treten auf einer Strecke von 500 Kilometern, von Palaw bis Dirschau, auf. *

*

Vereine, Veranstaltungen ꝛc.

M.-G.-V. Liedertafel. Das Konzert am 12. d. M. beginnt **pünktlich** um 8 Uhr abends, da die zwei großen Werke des Abends, Beethovens dritte und die Hegarsche Chorballade, fast je eine Stunde dauern und das Bromberger Symphonieorchester noch am selben Abend zurückfahren muß. Es möge niemand vor der Zeitdauer solcher Werke erschrecken, denn sie enthalten soviel innere musikalische Abwechslung, daß dem Hörer die Zeit im Fluge vergeht und er immer gern noch weiter hören möchte. Verspätet Erscheinenden wird nur in den Pausen der Eintritt in den Saal gewährt. (14108 *

Deutsche Bühne Grudziądz. Auf die am kommenden Sonntag, den 13. d. M. stattfindende Wiederholung des mit so außerordentlichem Erfolg aufgeführten Schwanks „Hurra — ein Junge" wird nochmals empfehlend hingewiesen, da dieses Stück wegen Vorbereitung anderer Stücke vorläufig abgesetzt werden muß. Wer sich einen fröhlichen, übermütigen Abend verschaffen will, sollte es nicht versäumen, die Aufführung am kommenden Sonntag zu besuchen, auch der Griesgrämigste muß herzlichst lachen. Der durchschlagende Erfolg und der tosende Beifall bei der ersten Aufführung sind der beste Beweis für die fröhliche Wirkung dieses Schwankes. (14100 *

Thorn (Toruń).

‡ **Das Aufziehen der Wache** erfolgte am Donnerstag, dem Vortage des Staatsfeiertages, in feierlicherer Weise als sonst. Um 2 Uhr nachmittags rückte die Wache mit Fahne und Musik vor das Kommandanturgebäude am Neustädtischen Markt, das geflaggt hatte und dessen Balkon mit Grün und einem großen Teppich geschmückt war. Nach der Vergatterung intonierte die Kapelle zwei Musikstücke, worauf sie mit der abgelösten Wache in die Kaserne zurückmarschierte. Da der Platz vor der Kommandantur schon vorher durch Militär und Polizei abgesperrt war, hatte sich eine größere Menschenmenge eingefunden, um sich das sonst nur an Sonntagen übliche militärische Schauspiel anzusehen. **

t. **Ein Trauergottesdienst** für die in ihrem Dienst verunglückten oder gefallenen Polizeibeamten fand am Donnerstag vormittag in der St. Marienkirche statt. Die Trauermesse wurde von Vikar Strzyszyk zelebriert. Der Feier wohnten neben den Polizeibeamten die Vertreter der Staats-, Kommunal-, Militär-, Gerichts- usw. Behörden bei. **

rk. **Die Deutsche Bühne** errang mit der zweiten Aufführung von Sudermanns „Johannisfeuer" am Mittwoch wiederum einen großen Erfolg bei dem trotz der Ungunst des Wetters verhältnismäßig zahlreich erschienenen Publikum. Starker Beifall nach jedem Aktschluß und Blumen und andere Spenden bezeugten den Darstellern den Dank für die Leistung. **

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 13. Nov. 1927. (22. n. Trinitatis).

Tuchel. **Evangelische Kirche.** Nachm. 5 Uhr: Predigtgottesdienst.

Zwitz. **Evangelische Kirche.** Vorm. 11 Uhr: Predigtgottesdienst, Beichte und hl. Abendmahl.

‡ **Der Coppernicus-Verein für Wissenschaft und Kunst** hielt am 8. November seine Monatssitzung ab. Nach kurzer Darstellung des Arbeitsprogramms für das kommende Winterhalbjahr durch den Vorsitzenden trug Herr Pfarrer Heuer eine biographische Studie vor über den Gymnasialprofessor Karl Wilhelm Keferstein. Aus einer Hallenser Gelehrtenfamilie stammend, wurde Keferstein 1815 nach Lyck verschlagen, dann bald darauf an das Gymnasium zu Thorn versetzt, wo er, hochangesehen, nach 20jähriger Tätigkeit im Jahre 1836 starb. Seine Lebensgeschichte, die der Vortragende aus hinterlassenen Briefen aufbaute, namentlich die Schilderung seiner Reise nach dem Osten, gewährt einen aufschlußreichen Einblick in jene Zeit, die an leibliches Behagen oft nur geringe Ansprüche stellen konnte, aber Regsamkeit und Reichtum im Geistigen verlangte. Sie wurde zugleich ein wertvoller Beitrag zur Geschichte unserer engeren Heimat, verstand es doch der Vortragende, über den Gang dieses Lebens hinauszublicken, seitwärts und vorwärts, und Fäden anzudeuten, die von ihm bis in die Gegenwart führen. Darüber hinaus sind die Zeugnisse dieses Lebens ein Dokument warmer und gewinnender Menschlichkeit, reich an jenem Humor, den der Mensch im Kampf mit dem Objekt aufruft, und nicht ohne leise Tragik, die alles Sichbescheiden und Verzichtenmüssen durchwaltet. * *

—dt. **Bestrafter Betrug.** Eine Rozalja Kwiatkowski hatte es verstanden, lange Zeit für die längst verstorbene Konarzewski eine Rente abzuheben, wofür sie zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Ihr mündiger Sohn Franz, welcher hiervon wußte, erhielt vierzehn Tage Gefängnis. * *

—dt. **Aus dem Landkreise Thorn,** 9. November. In den letzten Tagen wurden durch zahlreiche Volksschulen bzw. deren Lehrer Baumpflanzungen mit der Schuljugend vorgenommen. Längs der Landwege einer jeden Gemeinde wurden unter Anleitung der Lehrerschaft durch die Schulkinder eine Menge Maulbeerbäume gepflanzt. Hoffentlich haben diese Pflanzungen außer der beabsichtigten Förderung der Seidenraupenzucht auch den Erfolg, daß die Kinder sich das Umbrechen der Bäume abgewöhnen.

*

Vereine, Veranstaltungen ꝛc.

Eine Nachmittagsvorstellung hauptsächlich für Theaterfreunde der näheren und weiteren Umgebung veranstaltet die Deutsche Ladung. Die ausgeführte Ladungsmenge betrug im Oktober im Deutschen Heim. Zur Aufführung gelangt letztmalig „Johannisfeuer", Schauspiel von Sudermann. Um die Einrichtung der beliebten Nachmittagsvorstellungen beibehalten zu können, ist reger Besuch empfehlenswert, zumal auch die Darstellung wie bei den vorangegangenen zwei Aufführungen sehr gut ist. Näheres heute im Inserat. (14095 * *

m. **Dirschau** (Tczew), 10. November. Der Bau des Zwölf-Familienhauses auf Zeisgendorf schreitet rüstig vorwärts. Die Kellerräume werden in diesem einstöckigen Hause so gebaut, daß sie vom Zimmer aus durch eine Klapptür erreicht werden können. Die Arbeiten werden durch Maurermeister Schulz von hier ausgeführt. Man hofft, den Bau noch dieses Jahr unter Dach zu bringen und die anderen Arbeiten so zu fördern, daß das Haus im kommenden Frühjahr bezogen werden kann. Jede Wohnung besteht aus einem Zimmer und Küche.

h. **Gorzno** (Górzno), 9. November. Der diesjährige Martini-Jahrmarkt, zugleich der letzte Jahrmarkt in diesem Jahre, findet hier am Dienstag, 15. d. M., statt.

d **Osiek,** Kr. Stargard, 10. November. Folgen unvorsichtigen Handhabens mit Schießwaffen. Der 15jährige Sohn eines Landwirts hatte einen Browning hervorgesucht und damit gespielt, als ihn ein 14jähriger Freund besuchte. Plötzlich entlud sich die Waffe und verwundete den Freund schwer am Kopfe. — Scheunenbrand. Am 9. d. M. brach auf unaufgeklärte Weise Feuer in der Scheune des Landwirts Bernhard Bukowski aus und äscherte sie restlos ein. Da die diesjährige Ernte und etliche Maschinen verbrannten, ist der Schaden, der durch Versicherung nur zum kleinen Teile gedeckt wird, sehr bedeutend.

—dt. **Podgórz** (bei Thorn), 10. November. Nachdem die hiesige einzige Apotheke vor sechs Monaten behördlicherseits geschlossen wurde, ist sie endlich wieder eröffnet, so daß die Bevölkerung nicht mehr gezwungen ist, den langen Weg bis Thorn zurückzulegen.

a. **Schwetz** (Swiecie), 9. November. Gestern fand hier ein Kram-, Vieh- und Pferdemarkt statt. Es waren sehr viele Gewerbetreibende anwesend und der Verkehr sehr lebhaft. Eine Frauensperson versuchte, an einem Tisch eine Strickjacke unterm Mantel verschwinden zu lassen, was aber vom Händler bemerkt wurde. Der Geschäftstrubel dauerte bis Nachmittag, bis eine plötzlich über die Stadt ziehende Wolke sich öffnete und ein Regenguß mit Hagelschauer dem bunten Treiben ein plötzliches Ende machte. Die Händler rafften ihre ausgelegten Waren zusammen und der Marktplatz war schnell geräumt. — Auf dem Vieh- und Pferdemarkt herrschte ebenfalls ein reger Betrieb. Besondere Aufmerksamkeit erregte ein Pferd, für welches 1100 zł gezahlt wurde. Auch unter den anderen Tieren waren recht brauchbare Tiere, die auch gute Preise erzielten. Es wurden für bessere Wagenpferde 700—800 zł verlangt. Für mittlere Arbeitspferde zahlte man 400—500 zł. Meist wurden solche Tiere im Preise von 250—400 zł gehandelt. Das Angebot von Rindvieh ließ nichts zu wünschen übrig. Hochtragende Kühe wurden mit 700 zł bezahlt. Mittlere Tiere brachten 400—600 zł. Ein Bulle, sehr gutes Exemplar, ungefähr 12 Zentner schwer, brachte 1100 zł. Jungvieh war wenig vorhanden.

wf **Soldau** (Działdowo), 10. November. Der am 8. d. M. hier stattgefundene Vieh-, Pferde- und Krammarkt war von keiner großen Bedeutung. Der Auftrieb an Vieh war ziemlich gut. Fettvieh hat auch, da mehrere auswärtige Händler vorhanden waren, Abnahme gefunden. Es wurden für Bullen 48—70 zł pro Zentner Lebendgewicht gezahlt; für gute Milchkühe 400—500, für geringere 300—400 zł. Hochtragende Färsen brachten bis 400 zł, andere waren für 250—300 zł zu haben. Der Auftrieb und Handel mit Pferden war gering.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau** (Warszawa), 10. November. Auf Grund einer amtlichen Revision in sämtlichen Bäckereien wurden sechzig Bäckereibetriebe wegen unhygienischer Zustände geschlossen. Bei der Nachprüfung waren zum Teil erschreckende Unsauberkeiten in den Backstuben festgestellt worden. In über vierzig weiteren Bäckereibetrieben wurden Verstöße gegen die Regierungsverordnung über die Verwendung genau bezeichneter Mehlsorten für die einzelnen Brotarten festgestellt. Diesen Betrieben werden Geldstrafen teilweise in beträchtlicher Höhe auferlegt.

* **Lemberg** (Lwów), 10. November. Die umliegenden Kreise von Stryj werden seit einiger Zeit durch Wölfe unsicher gemacht, die in großen Rudeln auftauchen und sich bis an die menschlichen Siedlungen vorwagen. Besonders stark treten die Wölfe in den Kreisen Dolina und Stryj auf, wo sie in den letzten Tagen mehrere Kühe zerrissen haben. Am hellichten Tage wurden von ihnen zwei Pferde angefallen und getötet.

*

Freie Stadt Danzig.

* **Danzig,** 10. November. Danziger St. Hubertus. Die Danziger Reitjagden, die vor dem Kriege unter der Führung des deutschen Kronprinzen und des Reitergenerals von Mackensen berühmt waren und zu den größten gesellschaftlichen Ereignissen des Ostens zählten, hörten mit der Abtrennung Danzigs vom Deutschen Reich ganz auf. Da war es der Danziger Reiterverein, der als Zentralstelle für den Pferdesport in Danzig im vorigen Jahre die Initiative ergriff und neben den Rennen und Turnieren auch dem Jagdreiten seine Aufmerksamkeit schenkte. Während im Jahre 1926 nur die Hubertusjagd geritten wurde, fanden in diesem Jahre bereits sechs Jagden in der näheren und weiteren Umgebung Danzigs statt, zu denen sich von Jagd zu Jagd mehr begeisterte Jünger aus Stadt und Land einstellten. Die Hubertusjagd fand auf dem traditionellen Gelände zwischen Langfuhr und dem Rennplatz Zoppot statt. Zu dem Stelldichein 1,30 Uhr nachmittags an den alten Schießständen dicht nördlich Langfuhr stellten sich dem Master 35 Reiter, darunter zwei Damen. Der Master, Major a. D. Schönfeld, führte das Feld am nördlichen Rande des früheren großen Exerzierplatzes — jetzt Flugplatz — vorbei über die Weißhöfer Äcker und Wiesen, über Rothof in Richtung auf das Ostseebad Glettkau, das im Schritt durchritten wurde und unter dessen Seesteg hindurch es ein Stück durch die See ging. Im flotten Galopp ging es dann am Strande entlang, um im Bogen über die Oliva-Zoppoter Wiesen und Äcker auf dem Rennplatz zu enden. Die letzten vier Sprünge wurden in Gegenwart des zahlreich und sehr interessierten Publikums auf dem Rennplatz genommen und dann die Jagd nach ca. 7 Kilometer vor den Tribünen freigegeben. Der Danziger Reiterverein, der die Rennen in Danzig unter großen Schwierigkeiten aufrecht erhalten und zu ihrer jetzigen Bedeutung gebracht hat, kann die Genugtuung haben, jetzt auch wieder den Jagdreitsport in Danzig eingeführt zu haben.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Fusion Polnische Industrialbank — Warschauer Handelsbank gescheitert. Wie aus Wien gemeldet wird, sind die dort auf Initiative der Niederösterreichischen Eskomtegesellschaft eingeleiteten Fusionsverhandlungen zwischen der Polnischen Industrialbank und der Warschauer Handelsbank gescheitert, weil die im Besitze der Aktienmehrheit befindliche französische Finanzgruppe sich gegen eine solche Vereinigung ausgesprochen hat.

Ein neues Aktiengesetz in Polen. Seitens der polnischen Kodifikationskommission wurde der Entwurf eines Gesetzes über Aktiengesellschaften vollkommen ausgearbeitet. Er schreibt das Anmeldesystem vor, während das Konzessionssystem lediglich auf Unternehmungen von staatlicher Bedeutung oder gemeinnützigen Charakters beschränkt bleibt. Als geringstes Aktienkapital sind 100 000 Zloty, als geringstes Aktiennominale 100 Zloty festgesetzt. Besondere Bestimmungen regeln den Schutz der Minderheiten, die Bilanz und die Frage der Staatsaufsicht; alljährlich wird obligatorisch eine Revision durch vom Registrierungsgericht ernannte Revidenten durchgeführt. Dem neuen Gesetz werden auch bereits bestehende Aktiengesellschaften unterliegen, jedoch erst zwei Jahre nach seinem Inkrafttreten.

Der Transport von Zuckerrüben auf der Staatsbahn weist in der diesjährigen Kampagne im Verhältnis zur vorjährigen eine recht bedeutende Belebung auf. Er ist um etwa 9 Prozent gewachsen, wobei die durchschnittliche Zahl der täglich verladenen Waggons 2803 betrug. Im Oktober wurden insgesamt 56 276 Waggon Zuckerrüben verladen. Zum großen Teil mußte der Transport auch in diesem Jahre wieder aushilfsweise in gedeckten und Kohlenwaggons erfolgen.

Danziger Seeverkehr im Oktober. Der Verkehr des Danziger Hafens hat sich im Oktober gegenüber dem Vormonat wenig geändert. Er blieb weiter lebhaft, da die Kohlenausfuhr wieder sehr bedeutend war. Dagegen ist allerdings die Holzausfuhr etwas zurückgegangen. Eingelaufen sind im Oktober in Danzig 539 Schiffe mit 329 407 To., was gegenüber dem Oktober des Vorjahres eine Zunahme von 21 000 To. bedeutet. Während aber im Oktober des Vorjahres nur 89 000 To. von dem gesamten Schiffsraum beladen einkamen, waren diesmal 122 000 To. beladen. Die dänische Flagge stand mit 76 408 To. an erster Stelle, die deutsche mit fast genau der gleichen Tonnage an zweiter Stelle, und die schwedische mit 65 275 an dritter, und die eingeführte Ladungsmenge betrug im Oktober rund 100 000 To., davon 36 000 To. Schrott, 18 500 To. Phosphorite, 155 000 To. Eisenerz, 10 000 To. Heringe usw. Ausgegangen sind im Oktober von Danzig 512 Schiffe mit 313 779 To., davon nur 29 000 To. ohne Ladung. Die ausgeführte Ladungsmenge betrug im Oktober im ganzen 546 000 To., wobei die Kohlenausfuhr mit 377 000 To. außerordentlich stark war. Die Holzausfuhr erreichte im Oktober nur noch 137 000 To., gegenüber rund 150 000 To. im Vormonat. Die Getreideausfuhr war nur unbedeutend und betrug im ganzen nur etwa 9000 To. Auch die Zuckerausfuhr hat noch nicht recht eingesetzt, da sie nur etwa 4000 To. erreichte. Der Passagierverkehr war der Jahreszeit entsprechend schwach, da nur 416 Personen ankamen, während 1755 Personen abfuhren.

Der Kreis Czarnikau vor 100 Jahren.

Die Verwaltung.

Der Kreis gehörte gleich Kolmar (Chodzież) vor 1815 **zu** dem 1807 mitten durchschnittenen Kreise Deutsch-Krone und umfaßte rund 28 Quadratmeilen mit vier Städten, 24 königlichen und 187 adeligen Dörfern. An die Spitze des Kreises trat ohne Rücksicht auf die Nationalität der Bewohner zunächst der frühere Präfekturassessor

von Zawadzki.

Er hatte seinen Einfluß auf den Präfekten von Radoliński nicht zum Bösen angewendet und ihm namentlich bei seiner gewaltsamen Verhinderung einer Ausrüstung freiwilliger Jäger in Bromberg zur Mäßigung geraten. Der Oberpräsident von Zerboni hielt daher den Vorschlag der Regierung, Zawadzkis Fähigkeiten durch weitere Beschäftigung im Kollegium zu prüfen, für höchst zweckmäßig. Bei der Kreisorganisation von 1818 erfolgte seine feste Anstellung mit 800 Rtrn. Gehalt und 200 Rtrn. persönlicher Zulage, **da Preußen nicht nur alle irgendwie brauchbaren polnischen Beamten übernahm, sondern sie auch unter Berücksichtigung ihres früheren Einkommens auf diese Weise vor materiellen Verlusten schützte und gegenüber den eigenen Staatsdienern bevorzugte.** 1820 wollte er aus Familienrücksichten Nachfolger des verstorbenen von Żółtowski-Schrimm werden und die Regierung hielt es für unbillig, ihm diesen Wunsch zu versagen, obgleich sie ihn ungern scheiden sah. Er hatte allerdings Mühe gehabt, sich im Amt durchzufinden, da sich in Czarnikau bei seiner deutschen, des Schreibens kundigen Bevölkerung die schriftlichen Eingaben häuften. Als Nachfolger wurde nach einjähriger Probezeit unter Erlaß der vorgeschriebenen Prüfung der auf Wartegeld gesetzte vormalige Hauptkassenrendant

von Dembiński

bestellt (833 Rtr. Gehalt statt der üblichen 800), um einem königlichen Befehl zur Unterbringung der auf Wartegeld gesetzten Beamten genügen zu können. Doch schon nach zwei Jahren kam auch Dembiński fort (nach Wongrowitz), und nun erst wurde in dem einstweiligen Verwalter

Riedel

ein Deutscher berufen, ebenfalls mit Prüfungswegfall, da er dem Minister aus vorübergehender Tätigkeit in dessen Behörde als fähig bekannt war.

Schon bei Zawadzkis bevorstehendem Ausscheiden hatte sich 1818 der ehemalige **Prokurator Pantaleon Szuman** (damals noch Schumann)-Czeszewo (Kr. Wongrowitz) gemeldet, der eine ihm angetragene Stelle im Justizdienst abgelehnt und seiner unberechtigten Verärgerung in leidenschaftlicher Opposition Luft gemacht hatte. Sofort protegierte ihn der Statthalter, Fürst Radziwiłł, und empfahl ihn als fähigen Gutsbesitzer dem Oberpräsidenten, wobei er die unleugbaren Bedenken durch den Hinweis zu beschwichtigen versuchte, daß es vielleicht gerade praktisch sein würde, einem Mann „von lebhaftem Eindruck“ durch Verleihung eines Amts bestimmte Pflichten gegen die Regierung aufzuerlegen und ihn dadurch zu binden. Für dieses Experiment hatte man jedoch höheren Orts kein Verständnis. Hingegen stieg Schumann später zum Regierungsrat bei der Generalkommission auf, verdankte aber 1830 wieder nur der Fürsprache Radziwiłłs den Erlaß einer verwirkten Stempelstrafe. Als er 1830 wegen offener Sympathie für den Warschauer Aufstand durch ein Kommissorium nach Schlesien vorübergehend aus Posen entfernt werden sollte, nahm er seinen Abschied, geriet aber kurz darauf in den Verdacht staatsverräterischer Umtriebe und durfte erst nach 1840 auf sein Gut zurückkehren, wo er sich sofort wieder politisch betätigte und auch Provinziallandtagsabgeordneter wurde.

Als Riedel 1837 nach Bromberg versetzt wurde, bezeichnete die Regierung den einen Kreisdeputierten als unfähig, den anderen, von Koszutski, aus politischen Gründen als ungeeignet; ihr war überhaupt kein passender Gutsbesitzer bekannt. Aber auch der auf Flottwells warme Empfehlung mit der interimistischen Leitung betraute Assessor von Baumann bewährte sich so wenig, daß er durch Assessor **von Hoheneck** ersetzt werden mußte, der das zur Auflösung bestimmte Landratsamt in Küstrin zur vollen Zufriedenheit der Frankfurter Behörde geleitet hatte. Andere Bewerber wie der vom Kronprinzen protegierte Pommer von Schierstedt-Schöningen und Assessor von Saldern **wurden wegen Nichtkenntnis des Polnischen abgewiesen,** das die Regierung höchstens in Kolmar für entbehrlich, aber auch hier für wünschenswert erachtete. Die feste Ernennung Hohenecks erfolgte erst im Oktober 1838, denn der Bericht des Ministers von Rochow an den König verzögerte sich aus Mangel an Kandidaten. Der von einigen Gutsbesitzern bevorzugte Land- und Stadtgerichtsrat von Randow-Schönlanke, der später nach Wirsitz kam, war nicht von der Regierung ernannt worden, nicht Gutsbesitzer und nicht durch die höhere Staatsprüfung qualifiziert, so daß auch Rochow ihn nicht zu empfehlen vermochte. Hoheneck bat indessen 1844 aus Familienrücksichten um Übernahme in ein Regierungskollegium und kam vorläufig nach Stettin.

Wieder erklärte die Bromberger Behörde die beiden Kreisdeputierten politisch und verwaltungstechnisch für ungeeignet und erbat die Übertragung des Amts an Assessor

Junker,

mit dessen Kandidatur der Oberpräsident von Beurmann einverstanden war. Er betonte, daß unter den Gutsbesitzern eine sehr feindselige Stimmung herrschte und daß sie plötzlich jeden Verkehr mit Hoheneck abgebrochen hätten, weil dieser pflichtmäßig gegen einen polnischen Überläufer eingeschritten war. Da der dienstältere Leiter des schwierigen Kirchen- und Schuldezernats, Assessor Kopacki, auf die Diäten zu verzichten bereit war und sich schwer ersetzen ließ, gab der Minister nach. Der Regierungsantrag auf eine Auszeichnung für Hoheneck, um jeder Mißdeutung von polnischer Seite vorzubeugen, als sei man höheren Orts mit seiner Strenge gegen das Überläufertum nicht einverstanden, wurde mit der Bemerkung verworfen, er sei noch zu jung und seine Versetzung ohnehin eine Verbesserung. Schließlich schlug das Bromberger Kollegium Junker zur endgültigen Anstellung als besten unter den vorhandenen fünf Anwärtern vor. Unter diesen befand sich auch **Referendar Szuman-Alt-Hütte,** ein Neffe Pantaleons. Der Minister von Bodelschwingh machte den König darauf aufmerksam, daß in diesem Fall Regierung und Oberpräsident gegen Gewährung des Immediatgesuchs einiger Kreistagsmitglieder um Wiederverleihung des seit 1833 ruhenden Vorschlagsrechts von Landratskandidaten wären und daß auch ihm erhebliche Bedenken aufgestiegen seien. Die Bitte hatte wohl nur den Zweck, Szuman zu präsentieren, dessen Zulassung den Provinzialbehörden unangängig erschien. Es war kein so günstiges Ergebnis wie in Wirsitz und Kolmar zu erwarten, und eine Nichtbestätigung mußte noch unerfreulicher wirken als eine Versagung der Wahl überhaupt. Aus diesen Gründen entschied sich auch Friedrich Wilhelm IV. für Junkers Ernennung und Ablehnung des Wahlgesuchs. So kam der später durch seine anonyme Veröffentlichung: „Im Polenaufruhr. Aus den Papieren eines Landrats“ (Gotha 1898) bekannt gewordene Junker von Kornroit nach Czarnikau.

Auch die Besetzung der unteren Posten im Landratsamt stieß auf mancherlei Schwierigkeiten. Das Personal war überlastet und bei Krankheit Ersatz kaum zu beschaffen. Der Kreissekretär G. mußte wegen Mangels an gutem Willen und leidenschaftlicher Arroganz, wegen körperlicher und moralischer Gebrechen entfernt werden (1828 mit 120 Rtrn. Pension), obwohl er sich temperamentvoll gegen den Landrat verteidigte (ich bin nicht der erste und werde nicht der letzte sein, der sich mit Recht über die Behandlung des Landrats Riedel beschwert) und damit eine besonders heftige Episode zu den unaufhörlichen Kämpfen beisteuerte, die Riedel später auch in Bromberg auszufechten hatte (Beschluß des Staatsministeriums nach Antrag der Regierung). Auch in bezug auf

die Gendarmerie

war der Kreis als deutsch und darum zuverlässig am ungünstigsten nach Größe (im Departement 3—12 Qm.) und Einwohnerzahl (7—18 000 Seelen) der Beritte gestellt. Der Regierungsbezirk hatte 1835 überhaupt nur 1 Offizier, 8 Fußgendarmen und 34 berittene, darunter 3 Wachtmeister. Man fühlte sich der Treue der Bewohner so sicher, daß Major und Abteilungskommandeur von Blankensee-Bromberg bei seiner Pensionierung 1838 gar keinen Nachfolger erhielt.

Die Bevölkerung.

Der Kreis zählte 1831: 43 153 Einwohner, davon 24 646 Evangelische, 14 676 Katholiken und 3831 Juden, die wie überall fast ausschließlich in den Städten wohnten. Der Sprache nach gab es 35 576 Deutsche und Zweisprachige und nur 7597 Polen. Die Regierungsstatistik für 1834 gibt 47 496 Menschen an und die landrätliche für 1840 bereits 51 551 [evangelische 30 749, davon Städte 11 207, katholische 16 897 (5479), jüdische 3846 (3379)]. Hiernach liegt ein verhältnismäßig schnelles Wachstum vor, das aber z. T. wohl auf genauere Zählungen zurückgeht. Daran sind die Evangelischen und Juden, im ganzen also die Deutschen, wenngleich viele Katholiken hier auch deutsch waren, nur wenig stärker als letztere beteiligt (66 und 67,1 Prozent). Es trat mithin wie im ganzen Bromberger Bezirk im Weg friedlicher Durchdringung und Einwanderung

ohne staatliche Nachhilfe

eine langsame Verschiebung zugunsten des Deutschtums ein, die indessen durch Abwanderung auch wieder gehemmt wurde. Für

die Städte

steht uns folgende Tabelle zur Verfügung (1831):

Name	Bürgermeister-Gehalt	Einwohner								Kämmereieinkünfte	Feuerstellen	
		Evangelische		Katholische		Juden		Zusammen		Rtr.	1815	1831
		1815	1831	1815	1831	1815	1831	1815	1831			
Czarnikau	300 Rtr.	808	1040	657	849	470	977	1935	2866	1040	307	518
Filehne	300 „	970	1093	569	647	1180	1503	2719	3243	1354	226	287
Schönlanke	300 „	1579	2097	610	764	600	904	2789	3765	746	307	358
Radolin	30 „	506	552	92	60	3	15	601	627	?	28	82
Summa	930 Rtr.	3863	4782	1928	2320	2253	3399	8044	10501	3140	868	1245

1815 wurden außerdem 58 wüste Bauplätze gezählt. Da etwa 24,3 Prozent der Kreisbevölkerung auf die Stadtbewohner entfielen, entsprach der Kreis dem Departementsdurchschnitt von knapp einem Viertel. Alle Städte bis auf das königliche Schönlanke waren adelige Mediatorte, und alle hatten damals ihrem Charakter entsprechend deutsche Bürgermeister. Die auffallend geringe Feuerstellenzahl in Filehne beweist die ärmlichen Wohnungsverhältnisse der israelitischen Insassen. Wie unsicher die Zählungen in der Herzoglich Warschauer Zeit gewesen sind, ergeben die ersten Nachrichten des Präfekturrats von Twarowski mit nur 6418 Städtern und 1028 Rauchfängen. Aber auch in preußischer Zeit genügten die Meldungen der meistens polnischen Woyts, also der grundherrlichen Polizeiorgane, keineswegs. So werden 1825 für Filehne 1803 Christen und 1374 Juden, für Radolin 720 und 17 angeführt.

Bei der für polnische Verhältnisse geringen Zersplitterung des

Großgrundbesitzes

prägten wenige, aber stattliche Herrschaften dem Kreis seinen Charakter auf. Unter den 15 Rittergütern war mit Ausnahme des **Dr. von Rutter**schen Staykowo keines unter 60 000 Rtrn. abgeschätzt, dagegen Krufzewo **(Roman von Swinarski)** auf 179 385, Krucz und Ciszkowo **(Heinrich Graf Dzieduszycki)** auf zusammen 251 000, Dembe **(Emil von Swinarski)** auf 142 624, Dratzig aus der **fürstlich Sapiehaschen** Konkursmasse auf 76 324 und die von der westpreußischen Landschaft übernommenen Behleschen Güter mit Czarnikau-Hammer (früher Ignaz **Graf Radoliński)** auf 177 662 Rtr., während die **gräflich Blankensee**sche Herrschaft Filehne 1831 schon auf 320 000 veranschlagt wurde. Bereits diese Namen zeigen ein völliges Überwiegen der Polen (1832: 13 : 2); doch gerade in diesem Grenzbezirk mußten sie rasch — **ohne den geringsten politischen Druck** — dem deutschen Privatkapital und deutscher wirtschaftlicher Überlegenheit weichen. Bis 1841 gingen ihnen vier Güter verloren (Behle an **von Livonius,** später **Graf Moltke,** Czarnikau-Hammer an Oberregierungsrat **Bethe,** Dratzig an **Sprenger,** Smieszkowo an **Kaerger,** früher von Koszutski). Bald gesellte sich **von Schlichting-**Sarbia hinzu, so daß die Entscheidung auf des Messers Schneide stand. Die **Grafen Blankensee** besaßen auf ihrem früher westpreußischen Besitz bis in die 30er Jahre sogar noch die Patrimonialgerichtsbarkeit und wünschten überhaupt die Wiedervereinigung mit dem Oberlandesgericht in Marienwerder, doch lehnte das Staatsministerium den Antrag ab, da es bei Anerkennung der sachlichen Berechtigung sich nicht als Rekursinstanz gegenüber den Anordnungen einzelner Ressorts betrachtete (Beschluß vom 5. Juli 1820). Nicht unbeträchtlich war der

fiskalische Besitz.

Die **Forsten** wurden anfänglich von den Beritten Podstolice und Schönlanke aus verwaltet (4 und 6 Spezialreviere mit 30 600 und 25 745 Morgen unter Oberförster von Busse und Morgen, 3 und 5 Unterförster). Auch hier überwogen unter diesen, wie schon für Wirsitz hervorgehoben wurde, die Deutschen (im Departement etwa 40 unter 50) und nur unter den 73 Waldwärtern und Heideläufern des Bromberger Bezirks waren die Polen stärker vertreten. Später begnügte man sich mit einer Oberförsterei.

An **Domänenämtern** waren ursprünglich folgende vorhanden:

	Generalpächter	Arrendeeinnahme	Vorwerke
Chrostowoer Schlüssel	Witwe Ikier	276 Rtr. v. d. Propination	—
Podstolice	Gromadziński	1578 „	2
Schönlanke	Müller	6282 „	3

Nur Chrostowo war Nationalgut geblieben, während Podstolice an General Lariboissière, Schönlanke an Marschall Berthier als Dotation verliehen wurde **nach dem bekannten Rezept Napoleons zur wirtschaftlichen Ausbeutung seines polnischen Alliierten.** Da Preußen seine Domänen vorwiegend zur Ausstattung des Bauerntums mit Ackerland verwendete und die zusammengeschrumpften Vorwerke in Erbpacht austat oder veräußerte, blieben nur das Domänenamt Schönlanke und ein Rentamt bestehen. Besonders die Bromberger Regierung war in dieser Hinsicht sehr tätig. In ihren monatlichen Verwaltungsberichten der 20er Jahre kehrt immer wieder als Hauptbeschäftigung die Eigentumsverleihung an die Domänenbauern, Lizitation der zur Vererbpachtung und Veräußerung gestellten Vorwerke, Ablösung der Forstservitute und des Mühlenzwangs wieder (Juni und Oktober 1820, April 1821).

Eine relativ große Rolle spielt

das Bauerntum.

Seinen vorwiegend deutschen Charakter beweist das Vorhandensein von 65 deutschen, 28 zweisprachigen und nur 11 polnischen Schulzen, von denen 73 nur deutsch, 3 nur polnisch, 12 beides und 16 überhaupt nicht schrieben, und sein politisches Interesse, das sich besonders bei der Provinziallandtagswahl von 1834 dokumentierte, bei der im 1. Bezirk von 318 Wählern 166, im 2. von 329 noch 96, im 3., fast ausschließlich deutschen, aber von 311 sogar 222 zur Stelle waren.

Der Siedelungsfrage

brachte Hoheneck warmes Interesse entgegen und schrieb darüber 1844: Nach meiner Erfahrung ist es stets am zweckmäßigsten, ein möglichst hohes Einkaufsgeld zu stipulieren, dann den Kolonisten 3—6 Freijahre zu gewähren und je Culmer Morgen, wenn nicht die Ländereien besonders gut sind, 15—20 Sgr. höchstens an Zins zu nehmen. Denn ein geringes Einkaufsgeld und hoher Zins verlocken viele unbemittelte Individuen zur Annahme von Stellen in dem Glauben, daß es ihnen schon gelingen werde, den Zins durch Kultivierung zu erschwingen oder im Unvermögensfall seitens des Grundherrn Erlaß zu erhalten. Der Reiz, mit geringen Mitteln ein Eigentum zu erlangen, ist meistens zu mächtig, als daß eine ruhige Prüfung der Leistungsfähigkeit eines Anwesens hinsichtlich der künftigen Subsistenz und Lasten Platz griffe. Daher tritt später, wenn die Kraft des meistens leichten, aber durch lange Ruhe gestärkten Forstbodens, die wegen mangelhafter Viehhaltung nicht ersetzt werden kann, erschöpft ist, Not und bitterste Armut ein. Hier liefern drei Siedelungen den Beweis dafür. Wird hingegen bei der Gründung richtig verfahren, so werden sich zumeist wohl nur bemittelte Leute zur Stellenübernahme verstehen. Das praktische Eingreifen des Landrats fand auch den Beifall Flottwells, der es als durchaus angemessen lobte, wenn die Beamten mit den Ökonomiekommissaren über die in der Ausführung begriffenen Separationen persönlich Fühlung nahmen, sich durch Rücksprache verständigten und über gemeinsam abzuhaltende Termine Verabredung trafen; denn nur durch ein solches Zusammenarbeiten, nicht durch Korrespondenzen, könnte der Zweck gefördert und frische Regsamkeit in das Geschäft gebracht werden. (Schr. 28. Juli 1839.)

Seine Erfahrungen hatte Hoheneck aber, wie seine Worte andeuten, nicht nur auf fiskalischen, sondern auch auf privaten Besitzungen gemacht, denn auf solchen lagen alle 1844 in seinem und dem Kolmarer Kreis als Kolonien bezeichneten Ortschaften. Es werden genannt: im Distrikt Kolmar 4 der Familie v. Zacha, der Hof zu 30 Morgen, zwei vor 1806, zwei von 1818—21 angelegt und mit 141 Deutschen besetzt; im Distrikt Margonin 16 der Familien von Skórzewski und von Lipski, von Deutschen und Polen (!) eingenommen, besonders Lindenwerder (137 Deutsche, 13 Polen), 1803 von Rittmeister von Lipski ausgetan, der 1816 Lipe mit 35 polnischen (!) Wirten ausstattete. **Ganz überwiegend mit Polen (!)** siedelte der deutsche Kommerzienrat Lessing. Graf Raczyński-Wyszyn setzte 19 Deutsche und 38 Polen (!) an. Auch von Sala war siedlerisch tätig; im Distrikt Schneidemühl 4, von Privatbesitzern angelegt, davon 3 nach 1815 und alle national gemischt (!); im Kreise Czarnikau 14. Davon waren durch die Gutsherrschaft in Behle geschaffen: Jägersberg (33 Deutsche, 1 Pole) und Ivenbusch (19 Deutsche), durch die Blankensees Minettensruh 1829 (19 + 1), durch den Dratziger Administrator Grüntal 1824 (41+0), durch v. Paliszewski-Gembitz Paliszewo (14 + 11). **Also auch Polen verschmähten deutsche Ansiedler nicht.** Jedenfalls ist der Gewinn an solchen aber ein gar nicht ins Gewicht fallender.

An Behörden gab es unter anderem noch drei Postexpeditionen und zwei Salzfaktoreien.

Die direkten Staatssteuern

waren für 1841 auf 51 862 Rtr. oder 1 Rtr 3 Pf. je Kopf veranlagt (Klassensteuer 27 999, Gewerbesteuer 5193, Rauchfangsteuer 8795, Ofiara 6153, Kontribution 3480 Rtr. usw.),

Die dörflichen Grundstücke waren fast sämtlich mit Acker ausgestattet (1815: 2953 von 3064 im damaligen, weit größeren Kreis, städtische 261 von 1704).

Die städtischen Berufe.

An **industriellen Anlagen** wurden 228 gezählt (1835), darunter nur 7 Wind-, aber 43 Wassermühlen, 10 Sägemühlen, 13 Ziegeleien, 3 Kalkbrennereien, 2 Teeröfen, 11 Brauereien, 8 Brennereien und 1 Glashütte. 4 Frachtfuhrleute, deren manche Kreise keinen hatten, deuten auf ziemlich regen Verkehr. 3 der Städte ragen weit über das Durchschnittsmaß empor. **Czarnikau** und **Schönlanke** erhielten durch Kabinettsordre von 1836 die revidierte Städteordnung, Filehne ein Jahr früher (28. August), da nach Flottwells Bericht die Wohlhabenheit zwar abnahm, doch sich noch 100 Eigentümer mit Grundstückswerten von 300—1000 Rtrn. und 37 von mindestens 1000 Rtrn., also die nötigen Bürger im Besitz des aktiven und passiven Wahlrechts fanden und die 1132 Evangelischen, 641 Katholiken, 1525 Juden beinahe durchweg deutsch waren. In **Radolin** mußte hingegen nach Mitbeteiligung des Bromberger Bezirks an dem schon in Südpreußen bewilligten Bürgermeisterfonds das Stadtoberhaupt Marten bei 30 Rtrn. Gehalt und 25 Rtrn. Nebeneinnahme eine Beihilfe empfangen, die noch 1845 sein Nachfolger Bodenstein bezog. Allerdings waren die Leistungen der Bürgermeister häufig nicht dazu angetan, den Orten zu einem Aufschwung zu verhelfen. Bodenstein in Czarnikau war sehr wenig empfehlenswert (1828—1832) und früher hatte sich der schlaffe Borowski darauf beschränkt, die Entwürfe des Stadtschreibers Vogel zu mundieren, so daß das schmutzige Aussehen der Stadt kein Wunder war (Bericht des Regierungsdirektors von Leipziger). Nicht immer würde man die ererbten, natürlich auch in deutschen Städten meistens polnischen Beamten minderer Qualität so schnell los wie Buczißzewski in Schneidemühl, der auf eine Beschwerde der Bürgerschaft hin selbst um seine Entlassung bat und bei Zurücknahme dieses Verzichts 1815 die Antwort erhielt, es müsse dabei bleiben, ebenso bei seiner Verhaftung, da die von ihm beantragte Untersuchung bereits eingeleitet war.

Steuerliche Belastung.

Für Kommunalbedürfnisse mußten 7600 Rtr. aufgebracht werden. Gerade gewerbereiche Mediatorte waren durch die heilsamen Gesetze vom 13. Mai 1833 über die Aufhebung der gewerblichen und persönlichen Abgaben für die Übergangszeit stark belastet. Auch hier half der Staat mit später vielfach niedergeschlagenen Vorschüssen aus. Ende 1844 blieben aber im Regierungsbezirk doch noch 19 563 Rtr. zu tilgen, und da bis zu ihrer völligen Abtragung keine Erleichterung gewährt wurde, mußten jährlich 2514 Rtr. abgebürdet werden. Hieran waren Czarnikau (Ende 1843 noch 2540, Ende 1846 noch 1516 Rtr.) und Filehne (2682 und 1609 Rtr.) stark beteiligt, denn Ende 1834 waren an zum vielfachen Betrag ablösbaren Renten festgesetzt:

für Czarnikau:
Färbereiabgaben: . . . . 53 Rtr.
verschiedene gewerbliche Abgaben: . . 191 „
Nahrungsgeld der Juden: . . . . . 100 „
344 Rtr.

für Radolin:
Brennereiabgabe: . . . . 1 Rtr. 10 Sgr.

d. h., am wenigsten im Regierungsbezirk, während Czarnikau nur von Witkowo übertroffen wurde. Filehne endlich hatte 100 Dukaten und 15 Rtr. für Judenabgaben und 16 Rtr. für abgelöste Dienste aufzubringen. Beschwerden der Verpflichteten waren infolge der neuen preußischen Gesetze überhaupt keine Seltenheit. 1822 beklagten sich die Müller in Krotoschin und die Höker in Filehne, so wegen einer angeordneten Steuer von der in mahlpflichtigen Orten eingehenden Kleie, die Hardenberg in der Tat für ungerechtfertigt ansah, so daß er den Finanzminister zur Aufhebung anhielt.

Vor allem aber waren unsere Städte auf das engste mit der dahinsiechenden

Tuchmacherei

verknüpft. 1822 waren in deren Mittelpunkt **Schönlanke** noch gegen 300 Meister vorhanden und im Lauf des Jahres fabrizierte man dort 18 122 Stück Tuch (in Samotschin 5000 für das Militär). Trotzdem im August die Walkmühle abbrannte, gingen 1825 zur Frankfurter Sommermesse 5800 Stück und wurden zu je 9 Rtrn. veräußert.

Der **Wollhandel** war lebhaft. Im Juli 1826 fanden die angefahrenen 3000 Stück bloß zu billigen Preisen Absatz und für die 2600 zur Herbstmesse 1829 gebrachten wurden alle Erwartungen unterboten. Die 3000 im Juli des folgenden Jahres angebotenen Stück mußten für 7 Rtr. abgesetzt werden. Die Fabrikation des Departements betrug im September 1827 2212 Stück, im Februar 1828: 2260, im März sogar 4045, im April 3070. Die Zahl 4000 wurde dann nie wieder erreicht. (Oktober 1827: 2305, Dezember 2801, Januar 1829: 2549). Die flauen Monate August, September und Dezember 1829 brachten nur 2500 bis 2810 Stück. 1830 war der April vor den Messen mit 3497 Stück noch ein Höhepunkt, ebenso nach längerer Ebbe der September mit 3078, aber im Oktober waren es bei der dringenderen Feldarbeit bloß 2647. Im Jahre 1831 brachten Aufstand und Cholera schwere Schädigung (Mai 1828, August 762, September 1750, Oktober 1851). Die Wolle wurde gleich vom jüdischen Händler aufgekauft und war dem kapitallosen Tuchmacher nicht zugänglich. 1832 bewegten sich die Zahlen zwischen 2200 und 2500 nebst einigen Stücken Boy, und im Dezember blieben noch 1998. Im Mai 1834 betrug der kümmerliche Rest 672 Stück. 1835 wurde die Ware in Leipzig gegen Indigo eingetauscht. 1835 war das Gewerbe außer in Schönlanke vielfach ganz erloschen. Hier waren noch 201 Stühle im Gang, und 1837 erhielt der Ort Lieferungen für das Militärdepot in Graudenz. Im Herbst kamen 2000 Stück Tuch nach der Oderstadt und die monatliche Produktion im Departement schwankte zwischen 1700 und 2700. Aber 1840 sank sie auf etwa 8000 jährlich in unserer Metropole und auf beispielsweise 1363 im November innerhalb des Gesamtbezirks. Um April 1843 waren es ganze 565 Stück.

Das Rückgrat des wirtschaftlichen Lebens verschob sich mehr und mehr auf das Land.

Während des Umwandlungsprozesses war eine schwere Krisis unvermeidlich. Der ewige Gesang in allen amtlichen Berichten ist daher der von drängender Not bei allen Bevölkerungsteilen. Revision der Klassensteuer, Bearbeitung des neuen Mahlzinses, Vorbereitung der Stempelsteuer usw. beanspruchen das Regierungskollegiums in den Anfangsjahren, und hart mußte Preußen mit seiner Abgabenreform seine Bürger herannehmen, die im Neuland daneben noch alte Lasten zu tragen hatten. Besonderes Elend bedingte die allmonatlich wiederkehrende Klassensteuer. So lesen wir in den Verwaltungsübersichten:

„Der Jahresabschluß 1821 ist wegen ungewöhnlich hoher Rückstände schwierig (Februar 1822). Die Stimmung gegen das Gouvernement als solches ist gut; ohne die hohen Abgaben wäre man zufrieden (Juli 1822). „Klagen, nichts als Klagen“ sind zu hören, und „es herrscht Besorgnis vor **Not**“ (Februar 1823). „Infolge von Mißernte ist schlechte Stimmung eingerissen. Getreide und Kartoffeln sind jetzt schon nicht mehr vorhanden. Man befürchtet Hungersnot und mangelhafte Feldbestellung. Steuerausfälle werden unvermeidlich und wir haben darüber an das Ministerium des Innern berichtet“ (März 1823). Unterstützungs-, Stundungs- und Niederschlagungsgesuche sind an der Tagesordnung. Die Hilfe aus den staatlichen Magazinen wird dankbar anerkannt“ (Mai 1823).

Dann brachte 1823 eine gute Ernte raschen Umschwung, aber nun fielen die Preise rapide, und der vom Vorjahr her verschuldete Landwirt mußte rasch verkaufen. Dabei war Czarnikau immer ein unverhältnismäßig teurer Ort. Im Dezember 1823 standen die Preise je Scheffel

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Bromberg	1 Rtr. 4 Sgr.	18 Sgr.	12 Sgr.	10 Sgr.
Schubin	1 „ 3 „	20 „	13 „	10 „
Inowrazlaw . . .	1 „ 5 „	15 „	10 „	10 „
Czarnikau	1 „ 17 „	22 „	14 „	11 „

Man ersieht bei den schlechten Verkehrsmöglichkeiten noch große Differenzen sogar innerhalb des Regierungsbezirks. Bei der Teuerung während des polnischen Aufstandes gingen die Weizenpreise im Juli 1831 auf 2 Rtr. 65 Sgr. bis 3 Rtr. 20 Sgr. in die Höhe.

Die Stimmung wird auch im Januar 1824 als gut geschildert, aber die Exekutionsbehörden wurden mit Gesuchen bestürmt, was endlose Untersuchungen nötig machte. Die Klassensteuer drückte so, daß die Städte Schönlanke und Filehne die Mahl- und Schlachtsteuer zurückwünschten. Zu Beginn des folgenden Jahres blieb dem armen Mann kaum das teuere Salz zu den Erdfrüchten, von denen er ausschließlich lebte. 1826 kam wieder eine schlechte Ernte und 1827 schadete ihr große Dürre. Sogar die Zahl der Trauungen ging zurück, und die Bevölkerung nahm ab, auch durch Auswanderung, natürlich vorwiegend von deutschen Gewerbetreibenden (1827 etwa 1000 Köpfe Verlust durch Emigration im Departement).

Noch im Juni 1835 hieß es: „Die Stimmung ist gut, aber die Not groß. Jedoch hatten 2000 Rtr. königl. Unterstützung zu Wegebauten und ein Brotroggenvorschuß bis zu 3000 Scheffeln geholfen. In den Städten war die Zahl der Gewerbetreibenden mit ihren winzigen Unternehmungen zu groß. Im September 1837 wird trotz guter Mittelernte über die nahrungslose Zeit gejammert. Das Fazit wurde im Januar mit den Worten gezogen:

Der Wohlstand der Städte sinkt, der des platten Landes steigt.

Hier waren selbst bei Bauern schon Meliorationen keine Seltenheit. Futterkräuteranbau, Viehzucht, Pferdezucht machten Fortschritte. Ein bedeutender Handel mit Agrarerzeugnissen kam langsam in Gang. Im Oktober 1827 wurden in Czarnikau 600—700 Schweine angetrieben (ähnlich im September). Im Gegensatz zu dem sonst meist nur örtlichen Verbrauch fand dieser Schwarzviehhandel, zu dem noch der Durchgang aus Ostpreußen trat, seine Märkte außerhalb des Landes, wie auch das Getreide vielfach in der Mark abgesetzt wurde. Ferner war der Umsatz in Spiritus erheblich. Der Landrat hob 1840 auch den Gemüseabsatz hervor. Filehne hatte sich zum Hauptbutterdepot für die Versorgung Berlins entwickelt. Einzelne Händler hatten Jahresumsätze von 20—30 000 Rtrn.

Damit begann die Provinz sich zum hochwertigen landwirtschaftlichen Überschußgebiet zu gestalten und ihr Antlitz dementsprechend wirtschaftlich nach Westen, nach Deutschland, zu richten, wo ihre Zukunft lag.

Kirche und Schule.

An **Schulen** waren 1834 54 evangelische, 27 katholische und 3 jüdische in Betrieb, aber keine simultane; 1841 waren es schon 93 Schulen mit 104 Lehrern und 8355 Kindern. Über sie schrieb die Regierung 1834: „Der Unterricht in unseren Volksschulen kann neben dem Religionsunterricht als die sicherste und einflußreichste Grundlage wahrer Volksbildung sich fortwährend nur auf das Notdürftigste beschränken.“ Die Kinder erhalten zu Haus gar keine Vorkenntnisse und Anregung. Die Gemeinden sind meistens willig zu bedeutenden Opfern, während die Privatdominien selten mehr leisten als ihre gesetzliche Pflicht. Bei den städtischen Anstalten waren als Bürgerschulen bis Ende 1833 nur die Stadtschule in Bromberg und die oberen Klassen der evangelischen Schulen zu Schönlanke und Schneidemühl zu betrachten. 1834 haben sich vier Anstalten durch Erweiterung diesen angereiht, und zwar die evangelische und katholische zu Gnesen, die evangelische in Czarnikau und die simultane zu Exin.

An Gotteshäusern

wurden 9 evangelische Mutter-, 21 Filialkirchen und 21 Bethäuser mit 9 Geistlichen, 6 katholische Mutter-, 9 Filialkirchen, 1 Bethaus mit 7 Geistlichen und 5 Synagogen gezählt. Auch hier mußte der Staat unaufhörlich eingreifen. Bis 1840 waren von den 179 katholischen Kirchen des Departements (78 kgl. Patronats), 18 zum Teil mit bedeutender Unterstützung aus öffentlichen Kassen neu erbaut und an 150 Reparaturen ausgeführt. 1835 waren vom Kultusminister allein 7000 Rtr. Vorschuß erbeten. So tritt nach Überwindung der dringendsten finanziellen Not des Staates **der Charakter Posens als Zuschußprovinz auf allen Gebieten und für beide Nationen (!) in die Erscheinung.**

Soziale Fürsorge.

Im **Gesundheitswesen** genügten 3 katholische Hospitäler, 5 Ärzte und 3 Apotheken nur notdürftig den Anforderungen. Der Zustand der letzteren erwies sich bei Revisionen meistens als beifallswert. Aber es fehlte an Kranken- und Irrenanstalten. Zur Eröffnung von Kreislazaretten und allgemeinen Krankenhäusern getroffene Einleitungen waren bisher hauptsächlich aus Mangel an Fonds ein frommer Wunsch geblieben (Verwaltungsbericht der Regierung für 1827). Die sehr zahlreichen als „Hospitäler“ benannten Armenanstalten befriedigten mit wenigen Ausnahmen den Bedarf nur sehr unvollkommen, da bei ihrer dürftigen Ausstattung die Insassen zugleich auf Bettelei angewiesen waren. Deshalb war eine Revision der Gesetze über das Armenwesen zu wünschen, worüber das Kollegium auf Erfordern schon vor Jahren ein bisher nicht beschiedenes Gutachten eingereicht hatte. Außerdem beschränkten sich die Institute auf Armenpflege, ohne Kranke zu versorgen. Sie waren ferner meistens unbedeutend und durch schlechte Verwaltung verkümmert. Diese war gewöhnlich ohne Kontrolle durch den katholischen Propst besorgt worden. Erst jetzt wurden Vorsteher aus der Gemeinde zugeordnet, aber der Fonds bestand oft nur noch in einem Wohnhaus. Unterschlagungen waren nachgewiesen, und Prozesse begonnen, aber in anderen Fällen wurde noch nach Beweismaterial gesucht. Auch erstrebte man möglichste Zusammenziehung. Die Kommunen waren zur Durchfütterung ihrer Armen zu unbemittelt, und man konnte nur von der Einrichtung des Armenhauses in Fordon eine Verminderung der Bettelei erhoffen. Also auch in dieser Richtung hatte Preußen mit den allergrößten Hindernissen zu kämpfen, um das Land aus seiner Versunkenheit emporzuheben.

Die politische Lage.

Zum Schluß ein Wort über die politische **Lage**. Nach dem deutschen Charakter des Kreises konnte die Opposition anfänglich nur gering sein. Bei dem Aufstand von 1830 traten nur acht Personen nach Polen über, ebenso viele wie in Kolmar, wogegen alle übrigen Kreise mehr als 20 aufwiesen. Darunter waren zwei Soldaten und ein Militärpflichtiger (in Kolmar waren es vier) und nur ein einziger Gutsbesitzer, Kreisdeputierter Emil von Swinarski, Sohn des Erbherrn Nikolaus von Swinarski-Dembe, der auch als einziger nicht völlig begnadigt wurde, sondern nach Ergehen des gerichtlichen Urteils die Hälfte seiner neunmonatigen Festungshaft verbüßen und statt der Vermögenskonfiskation 2000 Rtr. Strafe entrichten mußte. Auch ging er seines Amtes verlustig.

Von der Flutwelle der nach 1840 einströmenden amnestierten Emigranten wurde Czarnikau ebenfalls wenig berührt. Junker berichtete 1844, es sei nichts einzuwenden gewesen gegen die Führung der zwei Grafen von Miączyński, Eugen von Brezas, eines von Dunin usw. Sonst waren nur noch 32 harmlose polnische Überläufer niederen Standes anwesend. Als im Frühjahr 1846 Prediger F. dem Oberpräsidenten Waffensammlungen und verdächtige Zusammenkünfte von Geistlichen in Lubasz anzeigte, konnte der Landrat am 15. April nur sein Bedauern darüber ausdrücken, daß, wenn auch in damaliger Zeit das Auftauchen von allerlei abenteuerlichen Fabeln erklärlich war, ein allerdings der Regierung als Querulant bekannter Prediger die höchste Provinzialstelle angegangen war, anstatt sich beim Distriktsamt zu erkundigen, zumal er den Ortsgeistlichen Dyniewicz als sehr wohlgesinnten, vorsichtigen Mann kennen mußte. — Allerdings nennt Junker in seinem Buch (S. 63) Lubasz, Sitz des 1. Kreisdeputierten und der Hauptkirche des Kreises, eine Art Wallfahrtsstätte, die immer großen Zulauf hatte und am 19. März 1848 Ausgangspunkt des polnischen Aufruhrs wurde.

Als **Herd nationalpolnischer Propaganda** blieb eigentlich nur das Haus des früheren Justizkommissars **Moritz Szuman** in Alt-Hütte übrig, dessen uns schon bekannter Sohn bereits als Sekundaner von seinem Oheim Pantaleon in geheime Machenschaften eingeweiht worden war. Pantaleons Papiere ergaben auch verdächtige Beziehungen zu russischen Untertanen, worauf gegen drei Einwohner des Plocker Palatinats eine Untersuchung eröffnet wurde. Die Adressen waren von dem Neffen geschrieben. Das Vernehmungsprotokoll in Magdeburg vom 2. Juni 1834 lieferte jedoch keine Resultate, da Szuman jede Kenntnis der Beteiligten und eventueller Mittelspersonen ableugnete, obwohl er aus seiner Warschauer Zeit in Polen sehr bekannt war. Deshalb blieb auch auf dem Neffen nur ein nicht näher bestimmbarer Verdacht haften.

Durch einen Bericht Junkers vom 6. Februar 1846 sind wir über die Sachlage genau unterrichtet (vgl. Junkers Buch, S. 30, die im Folgenden ausgeführten Gedanken dort teilweise auch angedeutet). Beurmann hatte damals allenthalben Nachforschungen nach Emissären seitens der Landräte angeordnet und nun erwiderte Junker: „Mein Kreis, der keinen Durchgang zu anderen polnischen Gebieten gewährt, und vorwiegend von Deutschen bewohnt wird, ist weniger als andere Bezirke von den Bewegungen nationalpolnischer Natur berührt. Da die ganze Seite nördlich der Netze durchweg deutsch und das Deutschtum auch auf die südliche Seite eingedrungen ist, was in viel höherem Maß der Fall sein würde, wenn zwischen Filehne und Czarnikau ein neuer Übergang geschaffen würde, da der südwestliche polnische Teil, die Herrschaft Dratzig, in den Händen des Deutschen Sprenger ist, der mittlere Teil, die Herrschaft Krucz-Cişzkowo zwar in polnischen Händen liegt, allein der Besitzer stets außerhalb des Kreises gewohnt hat und die beiden polnischen Pächter bei gedrückter Lage wenig Spielraum zu politischen Bewegungen haben, so ist eigentlich nur Süden und Osten von Czarnikau für den vorliegenden Gengenstand von Bedeutung.

Von den gegenwärtigen Gutsbesitzern polnischer Nationalität ist Goslinowski zu viel mit seiner Erhaltung bei wenig Mitteln, Übersteuerung beim Kauf von Staykowo, vielen Prozessen und wenig Kredit beschäftigt. Lawicki-Sagen ist zu wohlhabend und bei seinem Alter zu bedächtig, auch ohne allen jugendlichen Anhang; Duliński-Sławno gleichfalls zu vermögend, zu interessenlos und zu wenig mit den anderen in Verbindung, denen er mehr wie ein Aschenbrödel erscheint. Szóldrzyński-Lubasz ist auch wohlhabend und auf Versorgung seiner Familie bedacht und bemüht, sich als Landschaftsrat nicht zu kompromittieren. Zudem lebt er meistens auf Reisen oder in Posen. Alle diese Leute haben, wenn sie auch vielleicht nicht ohne Mitwissenschaft oder Ahnung von geheimen Umtrieben sind, ja, sich durch freiwillige oder erpreßte Geldopfer beteiligen mögen, doch nicht die Vermutung persönlicher Teilnahme für sich, indem sie sich jedenfalls lieber fern halten möchten. Kaerger-Smieszkowo ist ein Deutscher, Roman von Swinarski-Kruszewo durch seinen körperlichen Zustand von jeder Teilnahme ausgeschlossen. Emil von Swinarski-Dembe könnte aus Patriotismus und Biederkeit wohl verleitet werden, seine Familie unbedacht zu verlassen; indessen ist in seinem Wohnsitz bei genauer Beobachtung nichts Verdächtiges bemerkt worden. von Paliszewski-Gembitz, der in früheren Jahren einmal katholische und evangelische Schulkinder gegeneinander Krieg führen ließ, und Pfingsten 1845 alle Schnittwaren bei den Juden seines Dorfes aufkaufte, um sie nach dem Los unter die Einwohner zu verschenken, hat zwar vor kurzem, anscheinend aus Veranlassung einer Kindtaufe, bei der nur Wirtschaftsbeamte Pate standen, einen Ball für die niedere Volksklasse gegeben, allein alles das scheint, wie sein ganzes Treiben nur aus einer ohne weiteren Zusammenhang vereinzelt dastehenden „Geistesperversität“ (wir möchten lieber sagen: „Leutseligkeit!“) zu entspringen, wie denn auch auf dem Ball Leute beider Nationalität und Konfession eingeladen und erschienen waren. Auch an seinem Wohnsitz ist keine besondere Bewegung wahrgenommen worden. Der einzige, von früher her verdächtige Punkt wäre also Alt-Hütte, der allein zu einer Haussuchung geeignet erscheinen könnte. Der junge Szuman ist aber in letzter Zeit fast immer abwesend gewesen, so auch jetzt. Er scheint sich in Czeszewo bei seinem Vater aufzuhalten, wahrscheinlich, weil er sich hier vor seinen Gläubigern nicht mehr sicher fühlt, die jetzt mehrfachen Personalarrest haben vollstrecken wollen, ihren Wunsch aber trotz polizeilicher Hilfe bei seiner Abwesenheit nicht erreicht haben (und dieser Mann wollte Landrat werden!). Szumans Ernennung zum Landwehroffizier, gerüchtweise bekannt geworden, hat unter diesen Umständen beim Publikum allgemeines Aufsehen erregt.“ — Moritz Szuman hatte Alt-Hütte seinem tatsächlich zum Leutnant beförderten, aber bald verabschiedeten Sohn verpachtet und bewirtschaftete wohl das seinem Bruder gehörende Czeszewo, da dieser für das Landleben keine Neigung besaß und meistens in Posen lebte; vgl. Zielewicz: Neue Beiträge zum Lebensabriß des Dr. Karl Marcinkowski (polnisch) S. 125. —

Alles in allem zeigte es sich, daß die polnische Bewegung doch nur geringen Resonanzboden fand und, wie namentlich die Treue der Bauern unter Führung der Ortsschulzen in den kritischen Märztagen erwies, nur von oben her durch einige adelige und geistliche Fanatiker genährt wurde, während das Volk zu Preußen hielt. **Der Kreis war überwiegend deutsch und ist es bis 1919 geblieben.**

Wettervoraussage.

Die deutschen Wetterstationen künden für Osteuropa Fortbestand des kühlen Wetters ohne erhebliche Niederschläge und Nachtfrostgefahr an.

§ **Keine Auflösung der Handwerkskammer.** Wie der „Dziennik Bydg." mitteilt, wurde auf einer Konferenz in Posen bekanntgegeben, daß die Bemühungen des Aufsichtsrats der Handwerkskammern von Erfolg gekrönt waren und daß von einer Auflösung der Handwerkskammer in Bromberg keine Rede sein könne.

§ **Der Wasserstand der Weichsel** betrug heute bei Brahemünde + 2,98 Meter, bei Thorn etwa + 0,75 Meter.

§ **Bromberger Schiffsverkehr.** Durch Brahemünde gingen im Laufe des gestrigen Tages fünf beladene Oderkähne, zwei Schlepper und ein Motorboot nach der Weichsel; nach Bromberg kamen vier unbeladene Oderkähne.

§ **Zum Martinstag.** Noch immer kommt in vielen Gegenden am Martinstage eine gebratene Gans auf den Tisch, und dabei wird auch mancher gute Tropfen getrunken. Über den Martinsschmaus und die Martinsgans wissen auch viele alte Sprichworte zu berichten. So heißt es im Westen Deutschlands: „Der Martin ist kein dummer Hans, ihm schmeckt die frisch gebrat'ne Gans", in Süddeutschland sagt man: „Martein, Martein, in die Flaschen den Wein, die Gänse am Spieß, da sauf und friß!" Ebenso sagt man: „Man muß nicht alle Tage Martinsnacht halten, sonst hat man nicht Gänse genug." Über die Entstehung der Martinsschmausereien ist man noch nicht zu einer einheitlichen Auffassung gekommen. Möglicherweise sind sie auf folgende Weise entstanden: Besonders in früheren Zeiten war es Brauch, vor der Fastenzeit noch einmal tüchtig zu essen und zu trinken. Eine solche Fastenzeit bestand nun auch bis in das 13. Jahrhundert hinein vor Weihnachten. Diese Fastenzeit setzte mit dem Tage nach Martini ein ,und es war deshalb auch nicht verwunderlich, daß am Martinstage, dem letzten Tage vor dem Weihnachtsfasten, noch einmal tüchtig aufgetischt wurde. Möglicherweise kommen aber dabei auch altheidnische Bräuche in Betracht. Vor dem Beginn des Winters brachten die alten nordischen Völker dem Wodan Dankopfer für die Ernte dar, wobei auch ordentlich geschmaust worden ist. Für diese Deutung spricht besonders ein Umstand. Früher wurden am Martinstage allgemein Martinshörnle gebacken, wie dies in Deutschland in einigen Gegenden heute noch geschieht. Diese Martinshörnle haben die Gestalt eines Hufeisens. Nun war aber das glückbringende Hufeisen das Symbol Wodans, und so kann man den Martinsschmaus auch mit den Wodansfestlichkeiten in Verbindung bringen. Möglicherweise haben altchristliche und altheidnische Bräuche zu den Festlichkeiten am Martinstage geführt.

§ **Der Bau des Hilfs-Elektrizitätswerks** in Jagdschütz macht recht gute Fortschritte. Während vor einer Woche bereits ein Teil des zur Aufstellung kommenden Dieselmotors hier eingetroffen ist, kam in diesen Tagen der übrige Teil an, worauf jetzt mit der Aufstellung begonnen werden kann. Man hofft, diesen Motor Ende Dezember in Betrieb setzen und dadurch das alte Elektrizitätswerk entlasten zu können.

§ **Beschädigte Banknoten sind anzunehmen.** Oft werden den Geschäftsleuten Geldscheine in Zahlung gegeben, die aber in Wirklichkeit nicht mehr Banknoten ähnlich sind. Der Geschäftsmann ist in solchen Fällen häufig gezwungen, vom Verkauf seiner Waren abzusehen, denn er weiß nicht, was er mit den schmutzigen und furchtbar zerrissenen Banknoten anfangen soll. Viel ist in dieser Angelegenheit schon geschrieben worden, auch wurden von zuständiger Seite in dieser Hinsicht bereits Erläuterungen gegeben, aber in Handelskreisen, selbst auch in Kassen verweigert man nach wie vor die Annahme beschädigter Geldscheine. Zwecks Regelung dieser Angelegenheit wurden vom Finanzministerium Vorschriften ausgearbeitet, an welche sich alle staatlichen Kassen zu halten haben. Alle Finanzämter und Banken sind daher verpflichtet, beschädigte Banknoten anzunehmen, selbst wenn nur noch zwei Drittel ihrer wirklichen Größe und Gestalt vorhanden sind. Erforderlich aber ist, daß die Seriennummern und die Unterschriften des Kassierers leserlich sind. Auch wenn die Seriennummer und Unterschrift zerrissen und wieder zusammengeklebt sind, müssen diese Banknoten angenommen werden. Natürlich dürfen die zusammengeklebten Teile nur von einem und demselben Schein herrühren. Beschädigte Banknoten, die diesen Vorschriften entsprechen, werden von allen Finanzämtern, sowie den Filialen der Bank Polski angenommen und gegen neue Scheine eingetauscht, ohne daß der Überbringer Schaden erleiden würde. Man hüte sich aber vor der Annahme durchlochter Kassenscheine, denn solche sind falsch und werden ohne jegliche Entschädigung eingezogen. Dasselbe bezieht sich auch auf alle anderen staatlichen Wertpapiere und wenn unsere Geschäftsinhaber diese Vorschriften genau befolgen, so laufen sie keine Gefahr, bei der Annahme beschädigter Banknoten irgendwelche Verluste zu erleiden.

§ **Gestürzt** ist gestern in den Nachmittagsstunden in der Danzigerstraße ein Pferd eines Landwagens. Das bald verendete Tier lag einige Stunden, bis es vom Abdecker abgeholt wurde.

§ **Zugelaufene Hunde.** Im Städtischen Polizeiamt wurden drei Hunde (ein Jagdhund und zwei unbestimmbarer Rasse) als zugelaufen gemeldet. Die Eigentümer können sich im genannten Amt, Burgstraße 32, Zimmer 7, melden.

*

Vereine, Veranstaltungen 2c.

Heute abend um 8 Uhr im Saale des Zivilkasinos, ul. Gdańska, veranstaltet der Direktor des hiesigen Städt. Konservatoriums, Prof. Zdzisław Jahnke, bekannt als ausgezeichneter Violin-Virtuose, ein Konzert zugunsten der durch die Überschwemmungskatastrophe in Kleinpolen Betroffenen. Im Programm: Bach, Couperin, Dittersdorf, Gluck, Vieuxtemps, Wieniawski und eigene Kompositionen des Konzertanten. Karten zum Preise von 1 bis 4 Zł. sind in der Buch- und Musikalienhandlung von Jan Idzikowski, Gdańska 16/17, und an der Abendkasse zu haben. Konzertflügel von der Firma Sommerfeld. (14163

Ruder-Club Frithjof, e. V. Am Sonnabend, den 12. 11. 27, abends 8 Uhr: Eisbeinessen. Anmeldungen bis Freitag, abends 8 Uhr, beim Ökonomen, Fernsprecher 1089. (14147

Lungentuberkulose-Ausstellung. Der Verein zur Bekämpfung der Lungentuberkulose Poznań-Lwów veranstaltet am 12., 13. und 14. November in der Aula des Klassischen Gymnasiums, ulica Krasińskiego, eine Ausstellung, betreffend Lungentuberkulose. Während der Ausstellungszeit wird im Kino Nowości ein Propagandafilm laufen. Das Protektorat über die Ausstellung hat der Urząd Zdrowia Publicznego am Magistrat der Stadt Bydgoszcz übernommen. Es empfiehlt sich, die Ausstellung zu besuchen. (14164

Die Ev. Frauenhilfe der Christuskirche veranstaltet am Sonntag, den 13. November, abends 8 Uhr, im Ev. Gemeindehause, Elisabethstraße 10, eine Feierstunde. 1. Teil: musikalische Darbietungen; 2. Teil: Vorführung des Films: „Die Arbeit der Ev. Frauenhilfe." (14011

* * *

Eigenheim (Kr. Inowrocław), 9. November. Bei den Erneuerungswahlen zu den evangelisch-kirchlichen Körperschaften, die am Sonntag in der hiesigen Kirche stattfanden, wurde an Stelle des 73jährigen Landwirts Julius Würtz aus Szpital, der sich seines Alters wegen nicht mehr wählen lassen wollte, und für langjährige treue Mitarbeit zum Ehrenmitgliede des Kirchenrats ernannt wurde, der bisherige Gemeindevertreter Landwirt Emil Göhring von dort in den Gemeindekirchenrat gewählt. Zu Gemeindevertretern neu gewählt wurden die Herren Müller-Eigenheim und Nuffert-Ostburg. Die übrigen ausscheidenden Mitglieder wurden wiedergewählt. — Die Zuckerrübenernte ist hier als beendet anzusehen. Der Ertrag ist im Durchschnitt mittelmäßig. Sehr schön war in diesem Jahre nur das Wetter in der Rübenernte. Es wurde dadurch viel an Arbeitskräften gespart, und die Felder sind fast alle wie selten mal zum Winter fertig gepflügt.

* **Kobylin,** 8. November. Dem Gutsbesitzer Oehlert wurden in der Nacht zum Mittwoch Pferde aus dem Stalle gezogen; da diese sich aber nicht reiten ließen, fand man sie morgens an einen Baum gebunden wieder vor. In der folgenden Nacht wurden ihm zwei Reitpferde entwendet. Von den Spitzbuben fehlt jede Spur.

* **Neutomischel** (Nowy Tomyśl), 10. November. Eine nicht alltägliche Hasenjagd gab es dieser Tage in dem Orte Dorf Borui. Ein Meister Lampe war in eine Wohnung eingedrungen und setzte in einem Zimmer munter umher. Damit er nicht entwischen konnte, schloß man das Fenster und rief den Jagdpächter herbei. Nach vieler Mühe gelang es endlich, den Besuchshasen einzufangen.

* **Pabianice,** 10. November. Unterschlagung. Die Stadt Pabianice hat wieder einmal ihre Sensation. In der Baumwollfabrik von Krusche und Ender war seit Jahren ein Beamter namens W. Geyer beschäftigt, der sich das vollste Vertrauen seiner Vorgesetzten erworben hatte. Bei Aufstellung der Lohnlisten ließ er aber die Namen einiger entlassener Arbeiter weiter figurieren und heimste die Gelder ein. Mit der Zeit wurde er ein reicher Mann. Als er nun daran ging, Fabrikant zu werden, kam der Betrug an den Tag. Die von Geyer gemachten Unterschlagungen sollen sich auf über 100 000 Złoty belaufen.

Posen (Poznań), 10. November. Die gestrige Stadtverordnetensitzung beschäftigte sich zunächst mit einem Antrag der Gewerbekammer um die Garantieübernahme der Stadt für eine Anleihe von 300 000 zł, die diese für den weiteren Bau des Gewerbehauses auf der Ritterstraße erhalten soll. Dem Antrage dieser Kammer wurde zugestimmt. Gleichzeitig wurde die Garantie für die Aktiengesellschaft „Samolot" um weitere drei Monate verlängert. Zum Schluß der Sitzung, die nur dreiviertel Stunden dauerte, wurde der Postsparkasse das Grundstück Ecke Glogauer- und Bukerstraße für den Preis von 40 zł pro Quadratmeter zugeteilt, wo diese noch vor Eröffnung der Allgemeinen Landesausstellung ein Gebäude errichten will. — Festgenommen wurde mit großen Hindernissen der mehrmals vorbestrafte Dieb Sobkowski. Während seiner Flucht gab er mehrere Schüsse auf den Polizeibeamten ab, die zum Glück fehlgingen. Erst mit Hilfe eines zweiten Beamten gelang es, ihn festzunehmen. — Der Genossenschaftslandtag, der gegenwärtig in Posen tagt, wählte nach Abdankung des Senators Prälat Adamski Dr. W. Seydlitz zum Patron und Senator Bolt und Sejmvizemarschall Leon Plucinski zu Vizepatronen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 10. November. Festverzinsliche Werte: 8proz. Doll.-Br. der Pos. Landsch. 92,75. 6proz. Rogg.-Br. der Pos. Landsch. 25,25. 5proz. Konvers.-Anleihe 62,50. Tendenz: behauptet. — Industrieaktien: Bank Przemysł. 1,10. Bank Zw. Sp. Zar. 91,00. Arkona 3,00. Cegielski 55,00. Herzfeld-Viktorius 58,00. Luban 112,00. Dr. Roman May 114,00. Unja 25,00. Wisła 12,50. Wytw. Chem. 1,10. Tendenz: behauptet.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 11. November auf 5,9214 Złoty festgesetzt.

Der Złoty am 10. November. Zürich: Ueberweisung 58,20, London: Ueberweisung 43,50, Newyork: Ueberweisung 11,25, Danzig: Ueberweisung 57,63–57,67. bar 57,69—57,73, Berlin: Ueberweisung Warschau 46,90—47,10, Kattowitz 46,975—47,175, Posen 46,825—47,325, Riga: Ueberweisung 61,00, Mailand: Ueberweisung 207, Prag: Ueberweisung 377,25, Budapest: bar 63,85—64,15.

Warschauer Börse vom 10. Novbr. Umsätze. Verkauf—Kauf: Belgien —,—, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Oslo —, Helsingfors —, Spanien —, Holland 359,62, 360,52 — 358,72, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen 239,00, 239,60 — 238,40, London 43,42 5/8, 43,53 — 43,32 1/4, Newyork 8,90, 8,92 — 8,88, Paris 35,01, 35,10 — 34,92, Prag 26,41 1/4, 26,48 — 26,34 1/2, Riga —, Schweiz 171,90, 172,33 — 171,47, Stockholm —, Wien 125,80, 126,11 — 125,49, Italien —.

Amtliche Devisennotierungen der Danziger Börse vom 10. November. In Danziger Gulden wurden notiert: Devisen: London 25,01 Gd., —,— Br. Newyork —,— Gd. —,— Br., Berlin —,— Gd., —,— Br., Warschau 57,53 Gd., 57,67 Br. — Noten: London —,— Gd., —,— Br., Newyork —,— Gd., —,— Br., Berlin —,— Gd., —,— Br., Polen 57,59 Gd., 57,73 Br.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskont-sätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 10. November Geld	In Reichsmark 10. November Brief	In Reichsmark 9. November Geld	In Reichsmark 9. November Brief
—	Buenos-Aires 1 Pes.	1.788	1.792	1.788	1.792
—	Kanada . . 1 Dollar	4.198	4.206	4.198	4.206
5.48 %	Japan . . . . 1 Yen.	1.936	1.940	1.940	1.944
—	Konstantin 1 trk. Pfd.	20.942	20.982	20.946	20.986
—	Kairo . . . 1 äg. Pfd.	2.243	2.247	2.240	2.244
4.5 %	London 1 Pfd. Sterl.	20.425	20.465	20.422	20.462
3.5 %	Newyork . . 1 Dollar	4.1925	4.2005	4.1935	4.2015
—	RiodeJaneiro 1 Milr.	0.501	0.503	0.501	0.503
—	Uruguay 1 Goldpes.	4.306	4.314	4.306	4.314
4.5 %	Amsterdam . 100 Fl.	169.05	169.39	169.14	169.48
10 %	Athen	5.564	5.576	5.564	5.576
5.5 %	Brüssel-Ant. 100 Frc.	58.445	58.565	58.44	58.56
6 %	Danzig . . 100 Guld.	81.63	81.79	81.64	81.80
6.5 %	Helsingfors 100 fi. M.	10.558	10.578	10.558	10.578
7 %	Italien . . . 100 Lira	22.84	22.88	22.89	22.93
7 %	Jugoslavien 100 Din.	7.383	7.397	7.388	7.402
5 %	Kopenhagen 100 Kr.	112.37	112.59	112.39	112.61
8 %	Lissabon . 100 Esc.	20.58	20.62	20.58	20.62
5 %	Oslo-Christ. 100 Kr.	110.64	110.86	110.64	110.86
5 %	Paris . . . . 100 Frc.	16.465	16.505	16.46	16.50
5 %	Prag . . . . . 100 Kr.	12.421	12.441	12.428	12.448
3.5 %	Schweiz . . 100 Frc.	80.835	81.995	80.845	81.005
10 %	Sofia . . . 100 Leva	3.032	3.038	3.032	3.038
5 %	Spanien . . 100 Pes.	71.29	71.43	71.21	71.35
4 %	Stockholm . 100 Kr.	112.84	113.06	112.79	112.01
6.5 %	Wien . . . . . 100 Kr.	59.13	59.25	59.17	59.29
6 %	Budapest . . . Pengö	73.38	73.52	73.41	73.55
8 %	Warschau . . 100 Zł.	46.90	47.10	47.025	47.225

Züricher Börse vom 10. November. (Amtlich.) Warschau 58,20, Newyork 5,1852 1/2, London 25,26 1/8, Wien 73,17 1/2, Italien 28,22, Belgien 72,27 1/2, Budapest 90,82 1/2, Helsingfors 13,07, Sofia 3,74 1/2, Holland 209,17 1/2, Oslo 136,80, Kopenhagen 139,00, Stockholm 139,50, Spanien 88,15, Buenos Aires 2,21 1/4, Tokio 2,40 1/4, Bukarest 3,21, Athen 6,87 1/2, Berlin 123,52 1/2, Belgrad 9,13, Konstantinopel 2,76 1/2, Paris 20,36 1/2, Prag 15,37 1/2.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,85 Zł., do. kl. Scheine 8,84 Zł., 1 Pfd. Sterling 43,23 Zł., 100 franz. Franken 34,85 Zł., 100 Schweizer Franken 171,13 Zł., 100 deutsche Mark 211,13 Zł., 100 Danziger Gulden 172,52 Zł., tschech. Krone 26,29 Zł., österr. Schilling 125,24 Zł.

Produktenmarkt.

Berliner Produktenbericht vom 10. November. Getreide und Oelsaat für 1000 Kg., sonst für 100 Kg. in Goldmark. Weizen märk. 239—242 (74 1/2 Kg. Hektoliter-Gewicht), Dezemb. 270,50, März 272, Mai 274, Roggen märk. 235—239 (69 Kg. Hektoliter-Gewicht), Dezember 248,50—249, März 255, Mai 257. Gerste: Sommergerste 220—263. Hafer: märk. 199—209, Dezember —, März —, Mai —. Mais loko Berlin 194—195. Weizenmehl 31,00—34,25, Roggenmehl 32,00—33,50. Weizenkleie 14,50—14,65. Roggenkleie 14,75—14,85. Raps 340—345. Viktoriaerbsen 52—57, kleine Speiseerbsen 32,00—35,00, Futtererbsen 22,00—24,00. Peluschken 21,00—22,00. Ackerbohnen 22,00—23,00. Wicken 22,00—24,00. Lupinen blau 13,75 bis 14,50, do. gelb 14,75—15,50. Rapskuchen 15,90—16,20. Leinkuchen 22,20—22,40. Trockenschnitzel 10,70—10,80. Soyaschrot 19,80—20,10. Kartoffelflocken 22,85—23,00.

Tendenz für Weizen still, Roggen fester, Gerste ruhig, Hafer fester, Mais fest, Weizenmehl ruhig, Roggenmehl fester, Weizen- und Roggenkleie kaum behauptet.

Materialienmarkt.

Berliner Metallbörse vom 10. Novbr. Preis für 100 Kilogr. in Gold-Mark. Elektrolytkupfer (wirebars), prompt cif. Hamburg, Bremen oder Rotterdam 128,75, Remelted-Plattenzink von handelsüblicher Beschaffenheit —,—. Originalhüttenaluminium (98/99 %, in Blöcken, Walz- oder Drahtbarren 210, do. in Walz- oder Drahtbarren (99 %) 214, Reinnickel (98—99 %) 340—350. Antimon-Regulus 90—97. Feinsilber für 1 Kilogr. fein 78,75—79,75.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel am 10. November

Krakau	— 2,62 — (2,61)	Graudenz	+ 0,84 + (0,80)
Zawichost	+ 0,90 + (0,93)	Kurzebrak	+ 1,20 + (1,18)
Warschau	+ — + (—)	Montau	+ 0,46 + (0,45)
Plock	+ 0,82 + (0,80)	Piekel	+ 0,34 + (0,34)
Thorn	+ 0,69 + (0,65)	Dirschau	+ 0,04 + (0,03)
Fordon	+ 0,79 + (0,77)	Einlage	+ 2,58 + (2,48)
Culm	+ 0,66 + (0,63)	Schiewenhorst .	+ 2,76 + (2,74)

(Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.)

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für den redaktionellen Teil: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; gedruckt und herausgegeben von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 231 und „Die Scholle" Nr. 23.

Am 8. d. Mts. starb nach kurzer, aber schwerer Krankheit der Vereinsrechner unserer Genossenschaft

Herr

Adolf Radtke

Wir verlieren in Herrn Radtke einen tüchtigen, ehrlichen und strebsamen Rechner, dessen Andenken wir auch über das Grab hinaus stets in Ehren halten werden. 14159

Hohenkircher Spar- u. Darlehnskassen-Verein.

Książki, den 10. November 1927.

Bekanntmachung.

Der Magistrat der Stadt Bydgoszcz hat den Bau eines neuen **großen**

Elektrizitätswerks

aufgenommen, welches im Herbst 1928 fertig gestellt sein wird. Dieses Elektrizitätswerk wird nicht nur den ganzen Strombedarf für die Stadt decken, sondern wird auch über ausreichende Reservemaschinen verfügen und so die **Stromlieferung** sicherstellen.

Bis zur Fertigstellung des neuen, muß das alte Elektrizitätswerk den immer mehr zunehmenden Strombedarf decken. Da nun aber das alte Elektrizitätswerk keine Reserven hat und hauptsächlich in den Wintermonaten dauernd hoch belastet ist, war der Vorstand des alten Elektrizitätswerks gezwungen, genau wie in vergangenen Jahren die Einschränkung des Kraftverbrauchs während der Höchstbelastungsstunden d. i. von 16 bis 20 Uhr anzuordnen.

Trotz dieser Anordnung zeigt es sich, daß die Einschränkung in der Kraftstromentnahme eine nicht ausreichende ist.

Um einer katastrophalen Lage, die zur Stillegung des Elektrizitätswerks führen könnte entgegenzutreten, wenden wir uns an die Stromabnehmer mit der Bitte, im eigenen, als auch im Interesse der Allgemeinheit den Stromverbrauch

im November, Dezember und Januar } zwischen 16 u. 19 Uhr

unbedingt einzuschränken, d. i. die Beleuchtung möglichst um 35% gegenüber dem Normalverbrauch zu verringern.

Gleichzeitig wird mit Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit sämtliche Lichtreklame mit Ausnahme der Schaufenster-Beleuchtung, wobei dieselbe auf maximal 10 Watt für jeden qm Verglasung einzuschränken ist, verboten. Zuwiderhandelnde haben die sofortige Einstellung der Stromlieferung zu gewärtigen.

Im Allgemeinen wird empfohlen, nichts zu unterlassen, was zur Verminderung des Stromverbrauchs in der oben angegebenen Zeit führen kann. 14156

In Abwesenheit des Stadtpräsidenten
gez. **Dr. Chmielarski**, Vize-Stadtpräsident.

Tramwaje i Elektrownie Bydgoszcz

gez. **L. Radwański**, Ing.,
Staatlicher Zwangsverwalter.

Kirchenzettel.

* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.
Fr.-T. = Freitaufen.

Sonntag, den 13. Nov. 27. (22. n. Trinitatis).

Bromberg. Paulskirche. Vorm. 10 Uhr: Sup. Aßmann*. 11½ Uhr Kdr.-Gottesdienst. Nachm. 5 Uhr Versammlung des Jung-Mädchenvereins im Gemeindehaus. Mittwoch (Buß- u. Bettag), vorm. 10 Uhr Sup. Aßmann*. Donnerstag fällt die Bibelstunde aus.

Evangl. Pfarrkirche. Vorm. 10 Uhr: Pfr. Hesekiel. ½12 Uhr Kdr.-Gottesdienst. Dienstag, abds. 7½ Uhr Blaukreuzversammlung im Konfirmandensaale. — Mittwoch (Buß- u. Bettag), vorm. 10 Uhr Pfr. Hesekiel*.

Christuskirche. Vrm. 10 Uhr Pfr. Wurmbach. Fr.-T. ½12 Uhr Kindergottesdienst im Gemeindehause. — Mittwoch (Buß- und Bettag), vorm. 10 Uhr Pfr. Wurmbach*. — Abends 8 Uhr Vereinsstunde des Jung-Männer-Vereins im Gemeindehaus.

Luther-Kirche, Frankenstraße 87/88. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, Pfr. Lassahn. 11½ Uhr Kdr.-Gottesdienst. Nachm. 4 Uhr: Evangelisationsvortrag von Prediger Hoff. Abds. 8 Uhr Evangelisationsvortrag von desgl. Mittwoch (Buß- u. Bettag), vorm. 10 Uhr Gottesdienst, Pfr. Lassahn.

Ev.-luth. Kirche, Posenerstraße 13. Vorm. 10 Uhr: Lesegottesdienst. — Mittwoch (Buß- u. Bettag), abends 6½ Uhr: Predigt*, Pfr. Paulig.

Christl. Gemeinschaft, Marcinkowskiego (Fischerstraße) 8b. Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst. Nchm. 3½ Uhr Jugendbund. — Nachm. 5 Uhr Evangelisations-Versammlung. — Bußtag, abds. 7½ Uhr: Bibelstunde.

Ev. Gemeinsch., (früh. Libelta 8) Marcinkowskiego (Fischerstr.) 8b. Abds. 8 Uhr Gottesdienst. Dienstag, abds. 8 Uhr Gesangstunde.

Baptisten-Gemeinde, Pomorska 26. Vorm. 9½ Uhr: Gottesdienst, Pred. Oehlke, Hohenkirch. 11 Uhr Sonntagsschule. Nachm. 4 Uhr Gottesdienst, Pred. Oehlke. Nachm. 5½ Uhr: Jugendverein. Donnerstag. abds. 7½ Uhr: Gebetstunde.

Schleusenau. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, danach Kindergottesdst. Nachm. 5 Uhr Gustav-Adolf-Fest, Sup. Harhausen.

Wtelno. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst. 11 Uhr: Kindergottesdst. Nachm. 2 Uhr: Gottesdienst in Hammer. — Mittwoch (Buß- und Bettag), vorm. 10 Uhr Gottesdienst*.

Ostielsk. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst.

Weichselhorst. Vrm. 10 Uhr Kindergottesdienst. — Nachm. 2 Uhr Gottesdst. Mittwoch (Buß- u. Bettag), vorm. 10 Uhr Gottesdienst und Feier des hl. Abendmahls.

Nakel. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst u. Kindergottesdienst. Nachm. 3 Uhr: Gottesdienst in Polichno-Hauland. Nachm. 4 Uhr Jungmädchen-Verein. — Mittwoch (Buß- und Bettag), vorm. 10 Uhr Gottesdienst und Abendmdhl.

Barcin. Vorm. 10½ Uhr Gottesdienst. Mittags 12 Uhr Kindergottesdienst.

Pachtungen

Kautionsfähiger Pächter für Stadtgärtnerei mit Gewächshäusern p. sofort **gesucht.** Zuschr. unt. A. 7383 an die Geschäftsst. d. Ztg. erbet.

Heirat

Wohlhabender **Landwirt** (42er), evangel., wünscht

Einheirat

bis 1000 Morgen. Off. u. O. 7360 a. d. G. d. Z.

Evgl. Landwirtstochter

in den 20er Jahr., mit 8000 Złoty Verm. sowie Möbel und Aussteuer, wünscht Herrenbekanntschaft

zw. später. Heirat.

Ausf. Zuschr. u. P. 14120 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Bromberger Konservatorium der Musik

Montag, den 14. November 1927, abends 8 Uhr im **Stadttheater**

Symphonie-Konzert

unter Leitung des Direktors **W. v. Winterfeld** mit dem verstärkten Konservatoriums-Orchester (60 Mitwirkende).

Programm:
1. „**Euryanthe**" Ouverture v. Weber
2. „**Eroica**" Symphonie v. Beethoven
3. **Violinkonzert** v. Tartini
4. „**Die Moldau**" Symph. Dichtung v. Smetana
5. **Danse Bohémienne** v. Moniuszko.

Eintrittskarten zu 1–5 zł von Donnerstag ab an der Theaterkasse zu haben. 13996

Geldmarkt

3000-3500 zł als erste Hypothek auf gutes Hausgrundstück gesucht. Offerten unter O. 14118 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

7–10 000 zł z. ersten Stelle auf e. Geschäftsgrundst. zur Ablösung der alten Hypothek ges. Gefl. Off. u. S. 7371 a. d. Gschst. d. Z.

Wohnungen

Suche eine 2-3-**Zimmer-Wohnung mit Küche,** direkt v. Wirt, gegen jährlich. Vorauszahlg. Off. u. L. 7357 a. d. G. d. Z.

Von sofort oder später **1–2-Zimmer-Wohnung u. Küche** von ordentlichem Ehepaar gesucht. Miete kann auf 1 Jahr im voraus gezahlt werd. Renovierungs-Kosten werden erstattet. Gefl. Offert. unt. B. 11568 an die Gesch. d. Ztg. erbet.

Möbl. Zimmer

Möbl. Zimmer sofort Nähe des Bahnhofs gesucht. Offert. unt. B. 7380 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Kl., g. möbl. **Zimm.** evtl. m. Pens. a. sol. Herrn od. Dame sof. od. sp. z. verm. **Poznańska 23,** II r. 7379

Die Evgl. Frauenhilfe der Christuskirche

veranstaltet 14011

am **Sonntag, d. 13. Nov. abends 8 Uhr** im **Ev. Gemeindehause, Elisabethstr. 10**

eine Feierstunde

Erster Teil: **Musikalische Darbietungen**
Zweiter Teil: **Vorführung des Films „Die Arbeit der Ev. Frauenhilfe".**

Deutsche Bühne

Bydgoszcz T. z.

Sonntag, d. 13. Nov. 27 abends **8** Uhr:

zu ermäßigt. Preisen

Der Fußballkönig

Schwank in 3 Akten von **Max Reimann** und **Otto Schwartz.**

Eintrittskarten bis einschl. Sonnabend in Johne's Buchhandlung, Sonntag von 11–1 u. ab 7 Uhr an der Theaterkasse. 14004

Die Leitung.